



**Fraunhofer** Institut  
Systemtechnik und  
Innovationsforschung

# **Begleitende Evaluation der Bürgerkonferenz „Streitfall Gendiagnostik“**

Dr. René Zimmer  
Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung  
(Fraunhofer ISI)  
Breslauer Str. 48  
76139 Karlsruhe  
Telefon: 0721-6809-262  
Fax: 0721-6809-176  
E-Mail: rz@isi.fhg.de

Karlsruhe  
Februar 2002



<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
<b>Tabellenverzeichnis .....</b>	<b>i</b>
<b>Abbildungsverzeichnis .....</b>	<b>ii</b>
<b>Dank.....</b>	<b>a</b>
<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>c</b>
<b>1. Einleitung .....</b>	<b>1</b>
<b>2. Evaluationsauftrag und Methode .....</b>	<b>3</b>
2.1 Auftrag.....	3
2.2 Methode .....	3
<b>3. Die Zielsetzung der Bürgerkonferenz.....</b>	<b>7</b>
<b>4. Der Prozess der Bürgerkonferenz.....</b>	<b>9</b>
4.1 Öffentlichkeitsarbeit und Projektpräsentation .....	10
4.2 Die Auswahl der Bürger .....	11
4.3 Wissenschaftlicher Beirat .....	13
4.4 Motivation und Erwartungen der Bürger.....	14
4.5 Die Vorbereitungswochenenden.....	18
4.6 Das Konferenzwochenende .....	21
4.6.1 Expertenbefragung.....	21
4.6.2 Schreiben des Votums .....	24
4.6.3 Präsentation des Votums und Podiumsdiskussion .....	27

## II

4.7	Moderation.....	28
4.8	Wissenschaftsjournalist .....	32
4.9	Organisationsteam .....	32
4.10	Evaluation.....	33
4.11	Kosten.....	34
<b>5.</b>	<b>Die Wirkungen der Bürgerkonferenz.....</b>	<b>37</b>
5.1	Wissensaneignung .....	37
5.2	Meinungsbildung.....	40
5.3	Gruppenerfahrung.....	46
5.4	Wirkungen im sozialen Umfeld.....	47
5.5	Medien und Medienwirkung .....	49
5.6	Wirkungen in Politik und Gesellschaft.....	52
<b>6.</b>	<b>Zielerreichung.....</b>	<b>55</b>
<b>7.</b>	<b>Zukunft von Bürgerkonferenzen .....</b>	<b>59</b>
7.1	Geeignete Themen .....	60
7.2	Hindernisse und Möglichkeiten ihrer Überwindung .....	61
<b>8.</b>	<b>Literatur .....</b>	<b>63</b>

<b>Tabellenverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
Tabelle 1: Die Schlüsselpersonen der Bürgerkonferenz und ihre Rolle im Verfahren.....	9
Tabelle 2: Etappen der Bürgerkonferenz.....	9
Tabelle 3: Zusammensetzung der Bürgergruppe nach Geschlecht und Alter.....	12
Tabelle 4: Kosten von Konsensuskonferenzen in Europa.....	35
Tabelle 5: Bewertung der PID durch die Bürgergruppe im offiziellen Bürgervotum und in der Befragung.....	45
Tabelle 6: Zahl der Artikel zur Bürgerkonferenz und Name der Zeitung, in der sie erschienen.....	50
Tabelle 7: Zustimmungsraten verschiedener Personengruppen zur Aussage: „Eine Bürgerkonferenz ist eine viel versprechende Möglichkeit, Bürger am gesellschaftlichen Entscheidungsprozess teilnehmen zu lassen.“ .....	59
Tabelle 8: Zustimmungsraten verschiedener Personengruppen zur Aussage: „Bürgerkonferenzen ergänzen die von Experten besetzte Diskussionskultur durch qualifizierte Beiträge von Bürgern.“ .....	59
Tabelle 9: Themen für weitere Bürgerkonferenzen sortiert nach der Häufigkeit ihrer Nennungen ( <i>selten</i> = ein- bis zweimal genannt, <i>häufig</i> = zwischen drei- und fünfmal genannt, <i>sehr häufig</i> = mehr als fünfmal genannt) .....	60

<b>Abbildungsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
Abbildung 1: Themenkomplexe, die in den drei Befragungen der Bürgergruppe angesprochen wurden.....	4
Abbildung 2: Interviews (I) und schriftliche Befragungen (B) im Kontext der Bürgerkonferenz (VW = Vorbereitungswochenende, KW = Konferenzwochenende).....	5
Abbildung 3: Altersstruktur der Bürger, die sich für die Teilnahme an der Bürgerkonferenz interessierten, verglichen mit der Altersstruktur der deutschen Gesamtbevölkerung (Institut der deutschen Wirtschaft Köln 2001) .....	13
Abbildung 4: Gründe der Bürger für ihr Interesse an einer Teilnahme an der Bürgerkonferenz.....	16
Abbildung 5: Aspekte der Gendiagnostik, die aus Sicht der Bürger während der Bürgerkonferenz behandelt werden sollten .....	17
Abbildung 6: Informationsquellen, die die Bürger zwischen den Wochenenden zur Weiterbildung zum Thema Gendiagnostik nutzten (nach Häufigkeit der Nennungen) .....	38
Abbildung 7: Selbsteinschätzung des Wissensstandes der Bürgergruppe (BG) und der Vergleichsgruppe (VG) vor bzw. nach der Bürgerkonferenz (BK).....	39
Abbildung 8: Bewertung der PID durch die Bürger der Bürgergruppe (BG) und der Vergleichsgruppe (VG) vor bzw. nach der Bürgerkonferenz (BK).....	43
Abbildung 9: Bewertung der PND durch die Bürger der Bürgergruppe (BG) und der Vergleichsgruppe (VG) vor bzw. nach der Bürgerkonferenz (BK).....	44
Abbildung 10: Bewertung der prädiktiven Diagnostik durch die Bürger der Bürgergruppe (BG) und der Vergleichsgruppe (VG) vor bzw. nach der Bürgerkonferenz (BK). .....	46
Abbildung 11: Verteilung der Zeitungsartikel zur Bürgerkonferenz über das Jahr 2001 .....	49

## **Dank**

An dieser Stelle sei allen an der Bürgerkonferenz Beteiligten für das entgegengebrachte Vertrauen und für die vielfältige Unterstützung gedankt, sei es durch das Ausfüllen der Fragebögen, offenherzige Gespräche oder für die Möglichkeit, den Prozess beobachten zu dürfen. Dieser Dank geht speziell an die 19 Bürgerinnen und Bürger, an das Organisationsteam des Deutschen Hygiene-Museums, den Moderator sowie an die Expertinnen und Experten. Ein besonderer Dank geht an die beiden Praktikantinnen Frau Wencke Rickus und Frau Sylvia Wünsche, die insbesondere an der Konzeption und dem Entwurf der Fragebögen beteiligt waren. Frau Wünsche nahm zudem aktiv an der teilnehmenden Beobachtung und Interviewführung während des Konferenzwochenendes teil. Für die Übernahme der Dateneingabe sei Frau Jola Babani gedankt und für die Formatierung des Berichts Frau Silke Just. Ein großes Dankeschön geht weiterhin an Frau Doris Arp vom Deutschlandfunk, die mir mehrere Mitschnitte von Interviews mit den Bürgerinnen und Bürgern bereitwillig zur Auswertung überließ.



## Zusammenfassung

Im Herbst des Jahres 2001 fand im Deutschen Hygiene-Museum in Dresden eine Bürgerkonferenz zum Thema „Streitfall Gendiagnostik“ statt. Die Methodik der Bürgerkonferenz, die erstmals in Deutschland erprobt wurde, orientiert sich am Vorbild der dänischen Konsensuskonferenzen. 19 Bürgerinnen und Bürger setzten sich mit der so komplexen wie umstrittenen Thematik der genetischen Diagnostik auseinander und gaben am Ende des Verfahrens eine differenzierte Stellungnahme dazu ab.

Diese Studie präsentiert die Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Begleitforschung, in der insbesondere der Prozess und die Wirkungen der Bürgerkonferenz untersucht wurden. Die Analyse baut auf Daten auf, die mittels Fragebogen, Interview, Gespräch, teilnehmender Beobachtung und Inhaltsanalyse von vorliegenden Dokumenten und Presseartikeln gewonnen wurden. In die Datenerhebung waren die Bürgergruppe, eine Vergleichsgruppe interessierter Bürgerinnen und Bürger, Wissenschaftler, Politiker, Sachverständige, der Moderator und das Organisationsteam involviert.

Es kann gezeigt werden, dass die Bürgerkonferenz ein geeignetes Instrument zur Wissensaneignung, Meinungsbildung und Meinungsfestigung ist. Sowohl der Intra- als auch der Inter-Gruppen-Vergleich verdeutlicht, dass die Teilnehmer nach der Bürgerkonferenz ihren Wissensstand zur Gendiagnostik erhöht und eine klare Haltung zu den Teilbereichen der Gendiagnostik entwickelt haben. Es gibt jedoch keine Einbahnstraße von einem Mehr an Wissen zu größerer Akzeptanz. Vielmehr führte Wissensaneignung in dem untersuchten Prozess zur Herausbildung einer differenzierten Meinung, die verglichen mit der vor dem Verfahren geäußerten „Bauchmeinung“ deutlich kritischer ausfiel.

Während der Bürgerkonferenz machten die Teilnehmer die Erfahrung, dass Gruppenarbeit spannend und bereichernd ist, Toleranz gegenüber jedem Einzelnen erfordert und letztlich zu größerer Eigenverantwortlichkeit führt. Weiterhin wird aus dieser Analyse deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger in ihrem sozialem Umfeld eine wichtige Funktion als Multiplikatoren haben. Durch viele intensive Gespräche im Familien- und Bekanntenkreis trugen sie die Thematik Gendiagnostik und das Verfahren der Bürgerkonferenz selbst weiter. Mit dieser Leistung unterstützen sie einen Prozess der Aufklärung und Demokratisierung unserer Gesellschaft „von unten“.

Die Resonanz, die die Bürgerkonferenz bisher in der Tagespresse fand, war zwar nur mäßig, aber durchaus in dem Rahmen, in dem die Medien in anderen Ländern auf vergleichbare Ereignisse reagierten. Zusätzlich wurden mehrere Beiträge in Rundfunk und im Fernsehen ausgestrahlt und bereits jetzt lässt sich abschätzen,

dass die Bürgerkonferenz noch Gegenstand verschiedener Fachpublikationen werden wird.

Die Bürgerkonferenz war ebenfalls ein Podium für den Dialog von Bürgerinnen und Bürgern mit Experten. Das Engagement beider Seiten zeigte das große Interesse an einem wechselseitigen Austausch. Die Erfahrungen aus der Bürgerkonferenz zeigen aber auch, dass durch methodische Weiterentwicklungen der Austausch zwischen dem Alltagswissen der Bürger und dem Fachverstand der Expertinnen und Experten noch weiter intensiviert werden kann.

Gemessen an den Zielen der Organisatoren verlief die Erprobung der Bürgerkonferenzmethode in Deutschland sehr erfolgreich. Im Ergebnis konnten Informationsdefizite in der Bürgergruppe abgebaut, die Auseinandersetzung mit einem gesellschaftlich umstrittenen Thema gefördert und die von Experten besetzte Diskussionskultur durch einen qualifizierten Beitrag einer Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern ergänzt werden. Zudem wurde der Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit weiter vorangebracht und ein Beitrag zum öffentlichen Meinungsbildungsprozess geliefert.

## 1. Einleitung

Die vorliegende Studie evaluiert die erste national angelegte Konsensuskonferenz in der Bundesrepublik Deutschland, die im Herbst 2001 im Hygiene-Museum in Dresden stattfand. Im Zentrum der Konferenz standen die Möglichkeiten und die Risiken, die mit der Entwicklung neuer gendiagnostischer Verfahren in unserer Gesellschaft entstanden sind. Mit diesem „Streitfall Gendiagnostik“ sollten sich 19 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger drei Wochenenden lang intensiv auseinandersetzen.

Bei Konsensuskonferenzen handelt es sich um Formen der partizipativen Technikfolgenabschätzung. „In ihrem Mittelpunkt steht“, so Joss (2000, S.5), „ein 12- bis 30-köpfiges Laienpanel, dessen Aufgabe die Bewertung eines aktuellen naturwissenschaftlich-technischen Themas ist. Nach eingehender Vorbereitung während zweier Wochenenden befragt das Laienpanel an der Konsensuskonferenz verschiedene Experten ausführlich zum Thema. Darauf wertet das Laienpanel die ermittelte Information aus und diskutiert unter sich eine Stellungnahme, die dann in Form eines Schlussberichts am Ende der Konferenz veröffentlicht wird.“ Zentrale Anliegen von Konsensuskonferenzen sind Wissenserweiterung und Meinungsbildung von Laien (Mayer et al. 1995). Für die erste deutsche Konsensuskonferenz wurde der Name „Bürgerkonferenz“ gewählt, um zu unterstreichen, dass die Bürgerinnen und Bürger selbst im Mittelpunkt des Verfahrens stehen.

Der Aufbau der Studie orientiert sich am Evaluationsauftrag. Das zweite Kapitel widmet sich dem Evaluationsauftrag und der angewandten Methodik. Im dritten Kapitel wird basierend auf den Dokumenten des Deutschen Hygiene-Museums die Zielsetzung der Bürgerkonferenz herausgearbeitet. Im vierten Kapitel werden die Vorbereitung und der Verlauf der Bürgerkonferenz nachgezeichnet, sowie die Rollen der verschiedenen Akteure analysiert. Kapitel 5 geht ausführlich auf die individuellen, sozialen, politischen und medialen Wirkungen der Bürgerkonferenz ein. Das sechste Kapitel misst die durch die Bürgerkonferenz erzielten Ergebnisse an den Zielstellungen. Und abschließend werden im Kapitel 7 Empfehlungen zur Anwendbarkeit von Bürgerkonferenzen herausgearbeitet.



## **2. Evaluationsauftrag und Methode**

### **2.1 Auftrag**

Das Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung, Karlsruhe führte im Auftrag des Deutschen Hygiene-Museums, Dresden die Evaluation der ersten nationalen Bürgerkonferenz in Deutschland durch. Die begleitende Evaluation sollte sich sowohl auf die Vorbereitung als auch die Durchführung der Veranstaltung erstrecken. Ziel dieser Untersuchung war es, den Prozess der Bürgerkonferenz sowie seine Wirkungen zu analysieren und an seinen eigenen Zielsetzungen zu messen. Weiterhin sollen aus der methodologischen Evaluation Empfehlungen hinsichtlich zukünftiger Anwendungsmöglichkeiten von Bürgerkonferenzen abgegeben werden.

### **2.2 Methode**

Die Bürgerkonferenz wurde sozialwissenschaftlich mit einem breiten Methodenspektrum begleitet, das u.a. aus schriftlichen Befragungen, persönlichen und telefonischen Interviews, teilnehmender Beobachtung und Inhaltsanalyse von Dokumenten und Presseartikeln bestand. Persönliche Interviews wurden während der Vorbereitungswochenenden und dem Konferenzwochenende mit mehreren Personen des Organisationsteams und der Bürgergruppe sowie dem Moderator der Bürgerkonferenz geführt und am Konferenzwochenende mit verschiedenen an der Bürgerkonferenz teilnehmenden Expertinnen und Experten.

Die 19 Bürger, die ausgewählt worden waren, an der Bürgerkonferenz teilzunehmen, erhielten insgesamt drei Fragebögen. Der erste Fragebogen wurde ihnen Anfang Juli 2001, also zehn Wochen vor dem 1. Vorbereitungswochenende zugesandt, der zweite Ende Oktober 2001, also direkt nach dem 2. Vorbereitungswochenende und der dritte Anfang Dezember 2001, eine Woche nach dem Konferenzwochenende. Die Rücklaufquote lag jeweils bei 100 %. Die Fragebögen enthielten Fragen zu Themenkomplexen, die in der nachfolgenden Abbildung aufgelistet sind.

Abbildung 1: Themenkomplexe, die in den drei Befragungen der Bürgergruppe angesprochen wurden

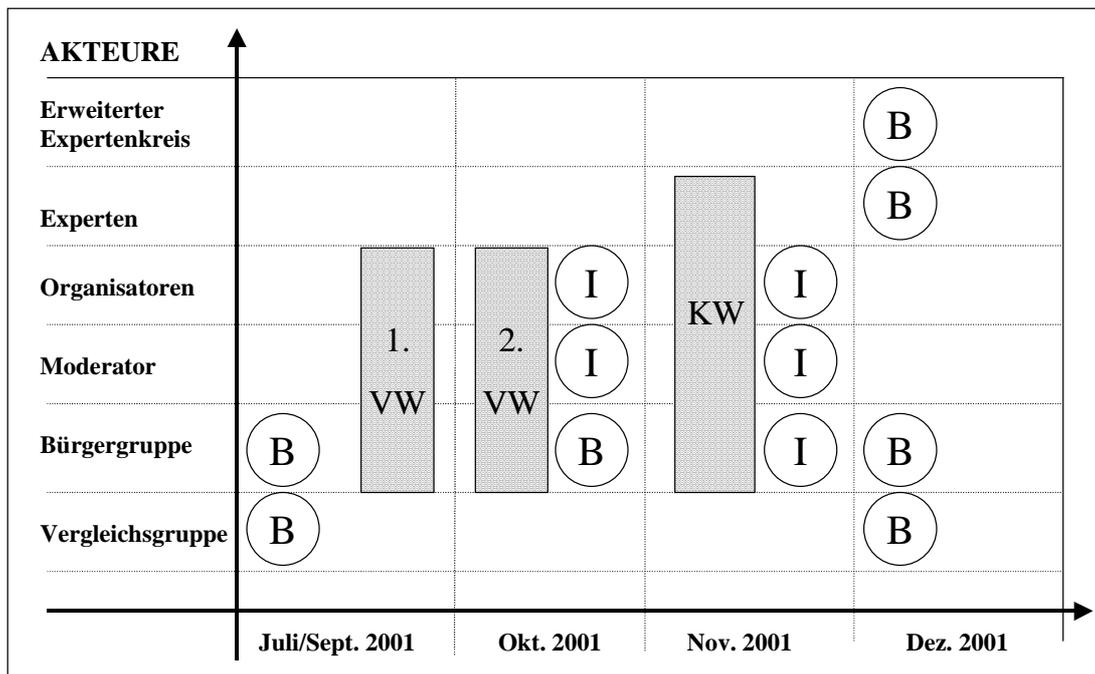
	Fragebogen 1	Fragebogen 2	Fragebogen 3
Statistische Daten	●	●	●
Einstellung zur Partizipation	●		
Erwartungen von Wirkungen	●		●
Erwartungen an Verfahren	●	●	
Persönliches Umfeld	●	●	●
Wissensfragen	●		●
Bewertungsfragen	●		●
Fragen zum Verfahren		●	●
Fragen zur Moderation		●	●
Fragen zu den Organisatoren		●	●
Bewertung der Experten			●
Bewertung der Evaluation			●
Zukunft Bürgerkonferenzen			●
Zufriedenheit mit Ergebnis			●
Gruppenklima		●	●

An alle Bürger, die ihr Interesse zur Teilnahme bekundet hatten, aber nicht ausgewählt wurden, wurde Anfang Juli 2001 ein erster Fragebogen verschickt. Dieser Fragebogen war identisch mit dem, den die Bürger bekamen, die an der Bürgerkonferenz teilnahmen. Von den insgesamt 271 angeschriebenen Bürgerinnen und Bürgern beteiligten sich 69 an dieser Befragung (Rücklaufquote 25 %). Die Personen, die Interesse hatten, an einer zweiten Befragung teilzunehmen, wurden gebeten, ihre Adresse bei der Rückmeldung anzugeben, was 60 von ihnen auch taten. Diese Bürger bildeten sozusagen die Vergleichsgruppe. Anfang Dezember 2001 erhielten die Bürger der Vergleichsgruppe einen zweiten Fragebogen. Von den 60 angeschriebenen Personen meldeten sich 37 zurück (Rücklaufquote 62 %).

Außerdem erhielten Anfang Dezember 2001 die 17 Expertinnen und Experten, die am Konferenzwochenende teilgenommen hatten, sowie ca. 300 Personen und Institutionen aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft, an die das Bürgervotum verschickt wurde, einen Fragebogen. Die Rücklaufquote in der Gruppe der beteiligten Expertinnen und Experten betrug 59 % und in der Gruppe des weiteren Expertenkreises 9 %. In den Fragebögen wurden Fragen zum Auswahlverfahren, zur Zieler-

reichung und zu möglichen Wirkungen der Bürgerkonferenz sowie zur Qualität des Bürgervotums gestellt. Die Experten, die am Konferenzwochenende beteiligt waren, wurden zusätzlich nach ihrem Eindruck zum Verlauf der Expertenanhörung und der Präsentation der Bürgervotums sowie ihren Erwartungen zur Zukunft von Bürgerkonferenzen befragt.

Abbildung 2: Interviews (I) und schriftliche Befragungen (B) im Kontext der Bürgerkonferenz (VW = Vorbereitungswochenende, KW = Konferenzwochenende)



Grundlage der Presseanalyse war der Pressespiegel, der vom Deutschen Hygiene-Museum erstellt wurde und der alle Artikel in der Tagespresse, die bis Januar 2002 zur Bürgerkonferenz erschienen waren, enthielt. Diese Artikel wurden nach den folgenden Kriterien analysiert:

- Erscheinungsdatum des Artikels
- Name der Zeitung, in der der Artikel veröffentlicht wurde
- Art des Artikels (Bericht, Kommentar, Kurznotiz)
- Stellenwert, der der Bürgerkonferenz im Artikel beigemessen wird (zentral, peripher, thematisch angegliedert)
- Tendenz des Artikels, die durch Aspekte wie Wortwahl, Themensetzung, Titel u.a. vermittelt wird (eher positiv, neutral, eher negativ)



### 3. Die Zielsetzung der Bürgerkonferenz

Gegenstand der begleitenden Evaluation ist es, den Verlauf und die Wirkungen der Bürgerkonferenz „Streitfall Gendiagnostik“ an den Zielen zu messen, die sich die Organisatoren vom Deutschen Hygiene-Museum gestellt hatten. Deshalb soll an dieser Stelle die Zielsetzung der Bürgerkonferenz herausgearbeitet werden. Grundlage sind drei Dokumente, die von den Organisatoren verfasst wurden. Das erste Dokument ist eine Projektskizze vom Juni 2000, das zweite Dokument die überarbeitete Projektskizze vom Dezember 2000 und bei dem dritten Dokument handelt es sich um das Editorial des Direktors des Hygiene-Museum Herrn Klaus Vogel im 1. Newsletter zur Bürgerkonferenz vom Juni 2001.

In der ersten Projektskizze, die auch die Grundlage des Antrags auf Förderung beim Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft war, wurden zwei übergeordnete Ziele gesetzt, die mit einer Reihe weiterer Ziele konkretisiert wurden. Im Folgenden werden diese Zielsetzungen auszugsweise wiedergegeben:

*„(1) Re-Integration der Wissenschaft in den kulturellen Kontext  
Die Diskussion und Bewertung gesamtgesellschaftlich umstrittener  
Themen durch nicht-betroffene Laien soll die dominante 'Expertenkul-  
tur' ergänzen. Die geplante Laienkonferenz bietet ein geeignetes Forum,  
neue Wege der Wissensvermittlung und -aneignung zu erproben. Damit  
können Informationsdefizite im Themenbereich Gendiagnostik ausgegli-  
chen und darauf aufbauend eine informierte Diskussion gesellschaftlich  
relevanter Aspekte der Gendiagnostik initiiert werden. ...“*

*„(2) selbstbestimmte Wissensaneignung und Urteilsbildung  
Das Verfahren soll dem Diskurs zwischen Wissenschaft und der allge-  
meinen Öffentlichkeit ein Podium geben. Dem Laienpanel werden dabei  
weitgehend Steuerungsmöglichkeiten überlassen. Hiermit soll sicherge-  
stellt werden, dass der Diskurs nicht zu expertenlastig wird. ...“*

Die überarbeitete Projektskizze formuliert die Ziele des Projektes etwas prägnanter und fügt weitere Ziele hinzu. Zudem wird das Wort „Diskurs“ durch „Dialog“ ausgetauscht. Nach diesem Dokument wurden folgende Ziele angestrebt:

- *„Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit über kontroverse Fragestellungen der Gendiagnostik anregen*
- *bisherige, von Experten besetzte Diskussionskultur um qualifizierte Laienbeiträge ergänzen*

- *Informationsdefizite in der Bevölkerung durch neue Wege der Wissensvermittlung und Anwendung abbauen*
- *öffentlichen Meinungsbildungsprozess initiieren*
- *Erprobung der Methode 'Konsensus-Konferenz' in Deutschland“*

Im dritten Dokument greift Herr Vogel einige der in der Projektskizze formulierten Ziele auf und ordnet sie in den Kontext des Hygiene-Museums insgesamt ein. Zwei Auszüge aus seinem Editorial sollen hier beispielhaft wiedergegeben werden:

*„Das Deutsche Hygiene-Museum will mit der erstmals bundesweit durchgeführten 'Bürgerkonferenz: Streitfall Gendiagnostik' die bisher vor allem von Experten dominierte Debatte um den qualifizierten Beitrag einer Gruppe von Bürgern ergänzen.“*

*„Die Programmangebote des Deutschen Hygiene-Museums sollen dem Besucher die aktive Teilnahme an den öffentlichen Auseinandersetzungen zu wichtigen Fragen unserer zunehmend wissenschaftlich geprägten Gesellschaft ermöglichen. Die Bürgerkonferenz ist in diesem Zusammenhang eine bisher in Deutschland noch nicht praktizierte Methode.“*

Aus den drei Dokumenten lassen sich insgesamt die folgenden Ziele ableiten:

- (1) Am Deutschen Hygiene-Museum soll die Methode der Bürgerkonferenz erstmals in Deutschland erprobt werden.

Damit sollen:

- (2) Informationsdefizite in der Bevölkerung abgebaut und
- (3) die Auseinandersetzung mit einem gesellschaftlich umstrittenen Thema gefördert werden.

Die Bürgerkonferenz soll weiterhin zu

- (4) einem Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit führen und
- (5) einen öffentlichen Meinungsbildungsprozess initiieren.

Schließlich soll durch die Bürgerkonferenz die von Experten besetzte Diskussionskultur durch

- (6) einen qualifizierten Beitrag einer Gruppe von Bürgern ergänzt werden.

## 4. Der Prozess der Bürgerkonferenz

In die Organisation und Durchführung der Bürgerkonferenz „Streitfall Gendiagnostik“ waren eine Vielzahl von Personen, Gruppen und Institutionen involviert, deren spezifische Funktion in der folgenden Tabelle wiedergegeben werden soll.

Tabelle 1: Die Schlüsselpersonen der Bürgerkonferenz und ihre Rolle im Verfahren

<b>Personen (Anzahl)</b>	<b>Rolle</b>
Organisationsteam (4)	Konzeption, Organisation u. Durchführung des Verfahrens
Moderator (1)	Moderation des Verfahrens (z.B. Leitung und Strukturierung der Diskussionen)
Wissenschaftsjournalist (1)	allgemeine Einführung in das Thema
Bürgergruppe (19)	qualifiziertes Urteil, das in einem Votum niedergeschrieben wurde
Experten (17)	beantworteten die Fragen der Bürgergruppe
wissenschaftlicher Beirat (5)	wissenschaftliche und methodische Beratung des Organisationsteams
Evaluator (1)	sozialwissenschaftliche Begleitforschung

Die Vorbereitung und Durchführung der Bürgerkonferenz erforderte eine Reihe von Schritten, die im Folgenden dargestellt werden.

Tabelle 2: Etappen der Bürgerkonferenz

<b>Datum</b>	<b>Ereignis</b>
Dezember 2000	Zusammenstellung des Organisationsteams
15.02. 2001	Konstituierung des wissenschaftlichen Beirats
Februar – Juni 2001	Auswahl des Moderators
Februar – Oktober 2001	Auswahl der Sachverständigen für die Expertenanhörung
27.03. 2001	Vorstellung des Vorhabens auf der Wissenschaftspressekonferenz
18.05. 2001	Informationsveranstaltung für Patienten- und Behindertenverbände
Juni – Juli 2001	Auswahl der Bürgerinnen und Bürger
21.-23.09. 2001	1. Vorbereitungswochenende für die Bürgergruppe
19.–21.10. 2001	2. Vorbereitungswochenende für die Bürgergruppe
23.–26.11. 2001	Abschlusskonferenz 1. Tag: Expertenbefragung 2. Tag: Expertenbefragung 3. Tag: Schreiben des Bürgervotums 4. Tag: Präsentation des Votums und Podiumsdiskussion

## 4.1 Öffentlichkeitsarbeit und Projektpräsentation

Um eine nachhaltige Wirkung der Bürgerkonferenz „Streitfall Gendiagnostik“ sicherzustellen, verfolgten die Organisatoren von Beginn an ein breit angelegtes Konzept der öffentlichen Vermittlung. So wurden z.B.:

- Schulen und Universitätsinstitute in der Region Dresden über die Bürgerkonferenz informiert,
- im Stadtgebiet Dresden Faltblätter ausgetragen,
- eine Website zur Bürgerkonferenz eingerichtet ([www.buergerkonferenz.de](http://www.buergerkonferenz.de)),
- ein Newsletter herausgegeben (1. Ausgabe im Juni 2001, 2. Ausgabe im November 2001) und
- das Vorhaben auf der Wissenschaftspressekonferenz (WPK) in Berlin vorgestellt (27. März 2001).

Weiterhin ist es für ein Modellprojekt der partizipativen Technikfolgenabschätzung entscheidend, dass relevante politische und wissenschaftliche Gremien direkt über das Vorhaben informiert werden. Aus diesem Grund wurde die Bürgerkonferenz bei verschiedenen Gremien und Veranstaltungen durch die Organisatoren vorgestellt. Insgesamt standen in Vorfeld der Bürgerkonferenz 12 Präsentationen auf dem Programm:

- November 2000: Publiforum „Transplantationsmedizin“, Schweiz
- Januar 2001: Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg, Stuttgart
- Februar 2001: Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag, Berlin
- Februar 2001: Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“
- Februar 2001: Ulrike Flach (MdB), Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Bundestages
- März 2001: Gen-ethisches Netzwerk, Berlin
- Mai 2001: Heinrich-Böll-Stiftung im Rahmen einer Plenarsitzung zum Thema „Governing Science“
- Mai 2001: Prof. Dr. Maria Böhmer (MdB), stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion (AG Gentechnik)
- September 2001: PUSH-Symposium im Rahmen des Wissenschaftssommers
- September 2001: Deutsches Museum, München

- September 2001: Evangelische Akademie zu Berlin im Rahmen der Tagung „Der gläserne Mensch“
- September 2001: Danish Board of Technology, Kopenhagen/Denmark

Nach Auskunft der Organisatoren stieß die Bürgerkonferenz bei allen Präsentationen auf großes Interesse und positive Resonanz. Es wurde begrüßt,

*„dass angesichts des vielfach geforderten, jedoch unzureichend stattfindenden öffentlichen Dialogs zu den aktuellen biomedizinischen Entwicklungen die Bürgerkonferenz als strukturierter, ergebnisoffener Kommunikationsprozess ein wichtiges Instrument darstellt.“*

## 4.2 Die Auswahl der Bürger

Der Bürgerkonferenz ging ein umfangreicher Auswahlprozess voran. Nach den Erfahrungen anderer Bürgerkonferenzen in London, Basel und Bern entschloss sich das Organisationsteam, die Bürger durch ein Zufallsverfahren zu ermitteln. In allen 16 Bundesländern wurden die Einwohnermeldeämter der Landeshauptstädte und einer Gemeinde mit maximal 10.000 Einwohnern angeschrieben und um 250 zufällig ausgewählte Adressen gebeten. Hinzu kamen in den acht bevölkerungsstärksten Bundesländern weitere 250 Adressen aus einer mittelgroßen Stadt mit 50.000 bis 100.000 Einwohnern. Auf dieser Basis konnten in 40 Gemeinden des gesamten Bundesgebietes rund 10.000 Personen angeschrieben werden. Auf dieses Anschreiben durch das Deutsche Hygiene-Museum im Juni 2001 meldeten sich 292 Bürgerinnen und Bürger, die Interesse daran hatten, bei der Bürgerkonferenz mitzuwirken. Das entsprach einer Rücklaufquote von 3 %.

Zur Auswahl der Bürgerkonferenzteilnehmer wurden die 292 Bewerbungen

- nach dem Geschlecht der Bewerber sortiert,
- geschlechtsspezifisch je drei Altersklassen zugeteilt (16-30 Jahre, 31-60 Jahre und > 60 Jahre) und
- die Altersgruppe 16-30 Jahre jeweils nach den Kategorien „Schüler/Student“, „Berufstätig“, „Arbeitslos“, die Altersgruppe 31-60 Jahre jeweils nach den Kategorien „Berufstätig“, „Hausfrau“, „Arbeitslos“, „Sonstige“ und die Altersgruppe > 60 Jahre jeweils nach den Kategorien „Arbeitslos“, „Berufstätig“, „Rentner“ geordnet.

Insgesamt entstanden so 20 verschiedene Stapel, aus denen die 19 Teilnehmer letztlich von zwei Museumsbesuchern zufällig ausgelost wurden. Die Zusammensetzung der Bürgergruppe ist in der folgenden Tabelle festgehalten.

Tabelle 3: Zusammensetzung der Bürgergruppe nach Geschlecht und Alter

<b>Alter</b>	<b>weiblich</b>	<b>männlich</b>
18 – 24	3	2
25 – 34	2	1
35 – 44	1	0
45 – 54	1	1
55 – 64	2	2
65 – 75	1	3
<b>insgesamt</b>	<b>10</b>	<b>9</b>

Stellenweise wurde nach der Bürgerkonferenz Kritik daran geübt, dass sich die Bürgergruppe überwiegend aus Studenten und Rentnern zusammengesetzt habe. Diese Eindruck mag zwar stimmen, er ist aber das Ergebnis eines zufälligen Auswahlprozesses.

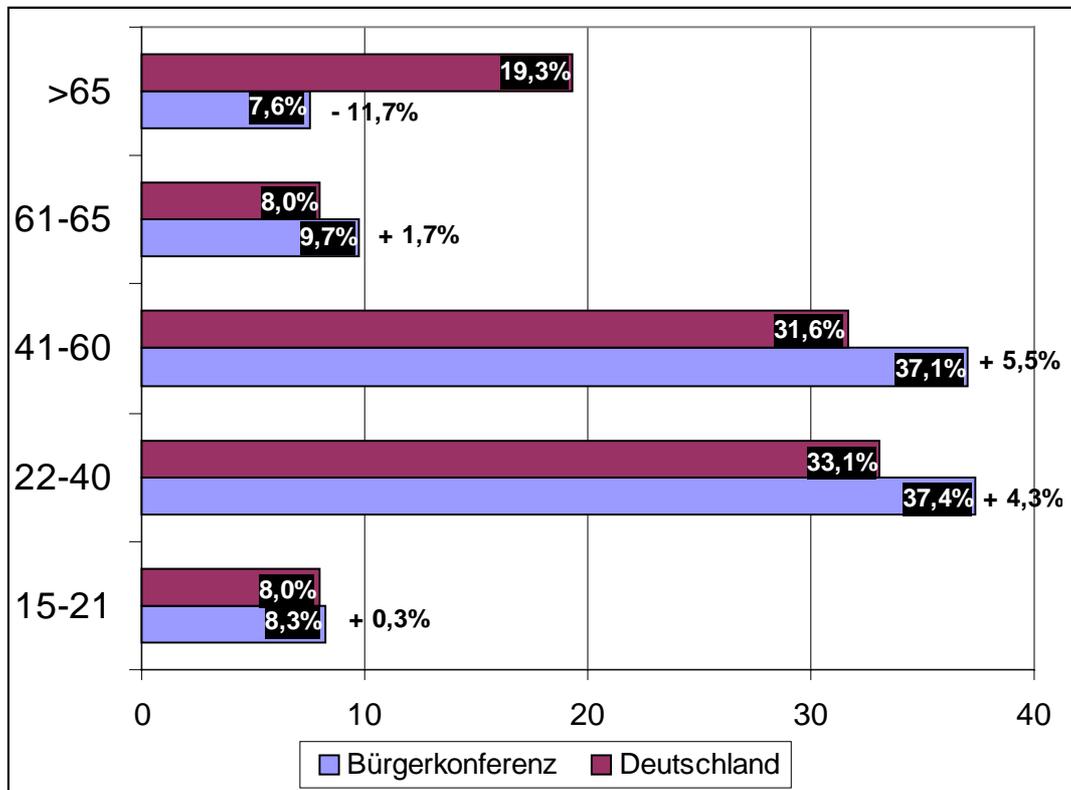
Vergleicht man die statistischen Angaben der an einer Teilnahme Interessierten mit den statistischen Angaben der deutschen Bevölkerung insgesamt (Institut der deutschen Wirtschaft Köln 2001), zeigt sich, dass es nur geringe Unterschiede zwischen beiden Gruppen gab. So wick z.B. die prozentuale Verteilung der Frauen und Männern in der Gruppe der Interessenten nur um 0,5 % von der der deutschen Gesamtbevölkerung ab (weiblich: 50,7 % zu 51,2 %; männlich: 49,3 % zu 48,8 %). Die Alterstruktur der interessierten Bürger war ebenfalls mit der der Gesamtbevölkerung vergleichbar. Etwas überproportional waren die Altersklassen 22-40 und 41-60 vertreten und deutlich unterproportional die Altersklasse der über 60-jährigen.

Der prozentuale Anteil der Berufstätigen lag in der Gruppe der interessierten 292 Bürger ebenfalls fast 5 % über dem der deutschen Bevölkerung (53,8 % zu 49,1 %).

Gerade der Vergleich der Alters- und der Erwerbsstruktur zeigt, das in dem Pool der Bürgerinnen und Bürger, die Interesse an einer Teilnahme hatten, nicht mehr, sondern eher weniger Rentner und Studenten vertreten gewesen waren, dafür ein überproportionaler Anteil an Berufstätigen mittleren Alters.

Nach der Bürgerkonferenz wurden die Expertinnen und Experten, die an der Bürgerkonferenz aktiv teilgenommen hatten und die, an die das Bürgervotum verschickt wurde, um ihre Meinung zum Auswahlverfahren gebeten. 79 % von ihnen hielten das Auswahlverfahren für angemessen, 14 % für zu komplex und 6 % für nicht komplex genug.

Abbildung 3: Altersstruktur der Bürger, die sich für die Teilnahme an der Bürgerkonferenz interessierten, verglichen mit der Altersstruktur der deutschen Gesamtbevölkerung (Institut der deutschen Wirtschaft Köln 2001)



### 4.3 Wissenschaftlicher Beirat

Die Bürgerkonferenz wurde von einem wissenschaftlichen Beirat begleitet, dem fünf namhafte Wissenschaftler aus den Bereichen Humangenetik, Ethik und Technikfolgenabschätzung angehörten. Im Einzelnen waren dies Herr Dr. Marcus Düwel (Universität Utrecht), Herr Prof. Dr. Jörg T. Epplen (Ruhr-Universität Bochum), Dr. Leonard Hennen (Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag, Berlin), Dr. Simon Joss (University of Westminster, London) und Prof. Dr. Dietmar Mieth (Universität Tübingen). Der Beirat als unabhängiges Gremium hatte die Aufgabe, das Deutsche Hygiene-Museum bei der Vorbereitung und Durchführung der Konferenz zu beraten.

Auf dem ersten Beiratstreffen am 15. Februar wurde das Verfahren zur Auswahl der Bürgergruppe beschlossen. Außerdem wurde darüber Einigkeit erzielt, dass der

Bürgergruppe vor Beginn des Verfahrens kein bestimmtes Anwendungsfeld der Gendiagnostik vorgeschrieben werden sollte.

Das zweite Beiratstreffen am 15. Juni diente der konkreten Planung der drei Wochenenden der Bürgerkonferenz. So wurde z.B. die Liste der Sachverständigen für die Anhörung während der Abschlusskonferenz verändert und ergänzt.

Während des dritten Treffens am 9. Oktober 2001 wurden die Ergebnisse des 1. Vorbereitungswochenendes reflektiert und Vorstellungen zum Ablauf des 2. Vorbereitungswochenendes und der Abschlusskonferenz entwickelt. Zudem wurden Strategien zur wirksamen Implementierung des Bürgervotums bei den relevanten Gremien besprochen.

Das vierte und letzte Beiratstreffen fand am 29. Januar 2002 statt. Auf diesem Treffen zogen Beirat und Organisatoren noch einmal Resümee zur Veranstaltung und der Evaluator stellte die Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Begleitforschung vor.

Insgesamt wurden von allen Beiratsmitgliedern die hervorragende Zusammenarbeit und die hohe Professionalität der Deutschen Hygiene-Museums bei der Durchführung der Bürgerkonferenz gelobt.

#### **4.4 Motivation und Erwartungen der Bürger**

Im ersten Fragebogen wurden alle Bürger nach ihren Erwartungen, Hoffnungen und ihrer Motivation befragt, die sie bezüglich der Bürgerkonferenz hatten. In einer offenen Frage wurden sie um eine Stellungnahme zu der Frage gebeten, ob ihrer Meinung nach eine Bürgerkonferenz eine/keine gute Möglichkeit ist, Bürgerinnen und Bürger verstärkt in die Auseinandersetzungen um eine neue Technologie einzubeziehen. 78 % der befragten Bürger gaben an, dass eine Bürgerkonferenz eine gute Möglichkeit dafür sei, 12 % glaubten das nicht und 10 % der Befragten hatten keine Meinung zu dieser Frage.

In der nachfolgenden Tabelle werden die Argumente derjenigen Bürger zusammengefasst, die in Bürgerkonferenzen ein gutes Instrument sehen:

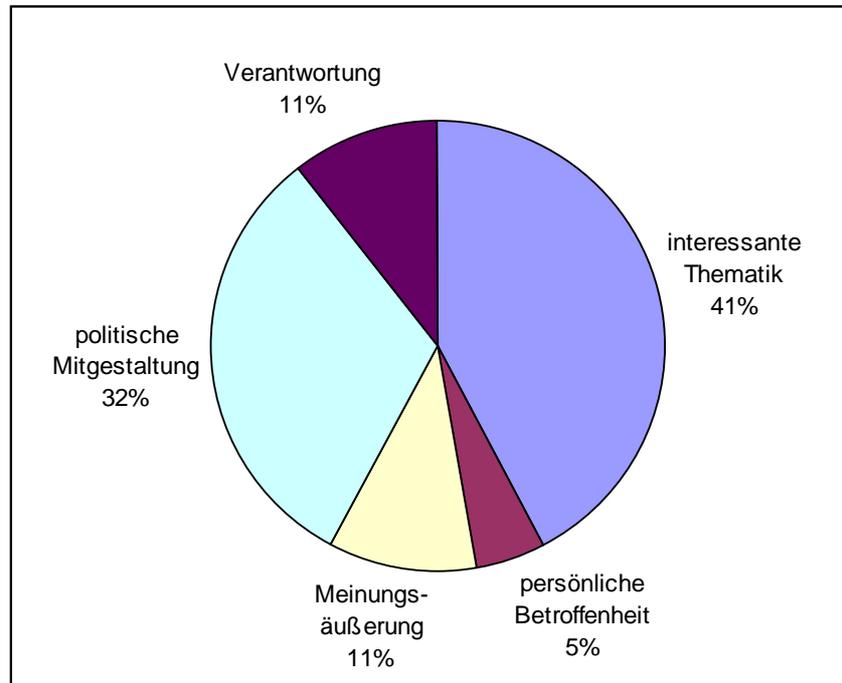
<b>Eine Bürgerkonferenz ist eine gute Möglichkeit, weil ...</b>
... durch Beteiligung die Interessen der Bürger verwirklicht werden können
... eine breite gesellschaftliche Diskussion Fehlentwicklungen in Biomedizin und Biopolitik korrigieren kann
... eine sachliche Diskussion ermöglicht wird
... dadurch die eigene und gesellschaftliche Wissensbasis vertieft und erweitert wird
... ein direkter Meinungstransfer von den Bürgern zu den Politikern stattfindet
... ein unabhängiges Gegengewicht zu politischen Gremien oder Medien geschaffen wird
... sie Raum zu politischer Meinungsbildung schafft
... sie wichtige Anliegen in die Medien bringen kann

Diejenigen, die dem Sinn von Bürgerkonferenzen eher skeptisch gegenüberstehen, führen folgende Argumente an:

<b>Eine Bürgerkonferenz ist keine gute Möglichkeit, weil ...</b>
... nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung beteiligt wird
... niemand diese Methode kennt
... Politik und Wirtschaft sowieso keine Rücksicht auf die Meinung der Bürger nehmen
... sie als Alibiveranstaltung missbraucht werden kann

Die beiden wichtigsten Gründe, aus denen die Befragten gern an der Bürgerkonferenz teilnehmen würden, sind ihr Interesse an dieser Thematik und die Möglichkeit zu politischer Mitgestaltung. 41 % der Bürger finden das Thema „Gendiagnostik“ so interessant, dass sie gern mehr darüber wissen möchten. Neben diesem intensiven Informationsbedürfnis, sehen 32 % der Befragten in einer Teilnahme an der Bürgerkonferenz auch die Möglichkeit, etwas bewegen und wichtige Fragen unserer Zeit mitgestalten zu können. Weitere Motive, sich an der Bürgerkonferenz zu beteiligen, liegen in der Übernahme von Verantwortung, in der Möglichkeit, die eigene Meinung zu äußern und darin, dass man selbst entweder beruflich oder als Patient von Gendiagnostik betroffen ist.

Abbildung 4: Gründe der Bürger für ihr Interesse an einer Teilnahme an der Bürgerkonferenz

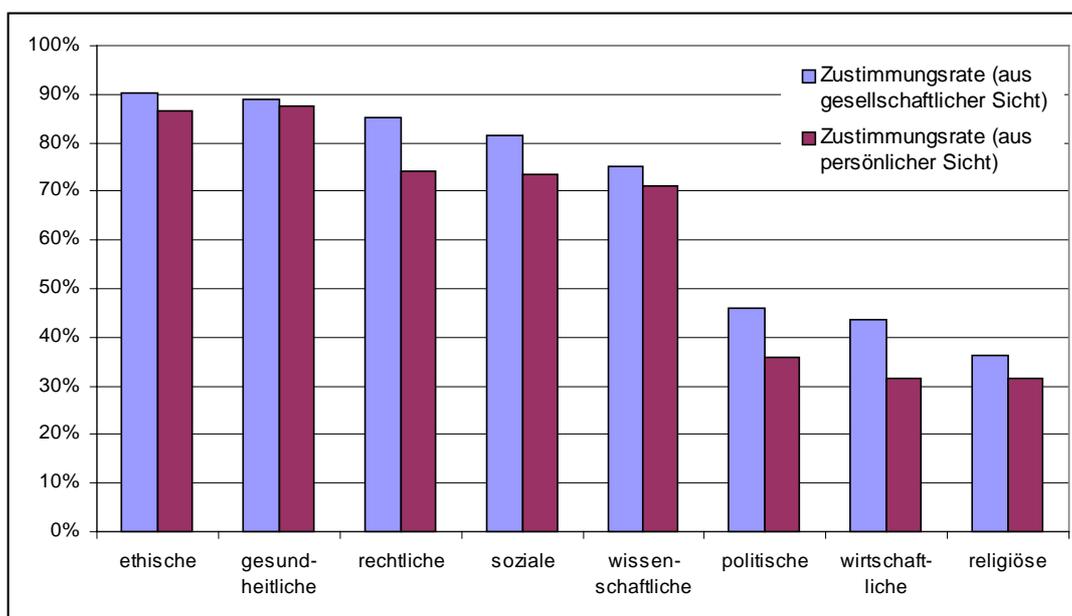


Wenn die Bürgerinnen und Bürger aus persönlicher Sicht entscheiden sollen, welche Aspekte der Gendiagnostik bevorzugt auf der Bürgerkonferenz behandelt werden sollten, machen sie klare Abstufungen. Die beiden für sie wichtigsten Aspekte sind Ethik und Gesundheit, die auf Zustimmungsraten von 86 % bzw. 87 % kommen. Rechtliche, soziale und wissenschaftliche Aspekte der Gendiagnostik sind weitere wichtige Fragen, die auf der Konferenz angesprochen werden sollten. Sie kommen auf Zustimmungsraten zwischen 71 % und 74 %. Aus Sicht der Bürger sind politische, wirtschaftliche und religiöse Fragen im Zusammenhang mit der Gendiagnostik von geringerer Bedeutung. Für nur 36 % der Befragten ist Politik ein wichtiges Thema für die Konferenz. Noch weniger Zustimmung erhalten die Aspekte Wirtschaft und Religion (je 32 %).

Werden die Bürger gebeten, aus gesellschaftlicher Sicht zu urteilen, welche Aspekte der Gendiagnostik wichtige Themen für die Bürgerkonferenz wären, verändern sich die Zustimmungsraten teilweise deutlich. Die Bürger erkennen klar, dass verschiedene Aspekte aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive von größerer Relevanz sind. Gerade politische und wirtschaftliche Aspekte, die aus persönlicher Sicht nur von geringerem Interesse waren, verzeichnen Zuwächse von über 10 %. Und die bisher wichtigen Aspekte Recht und Soziales werden (gesellschaftlich betrachtet) zu besonders wichtigen Themen für die Bürgerkonferenz. Die Zustimmungsraten rechtlicher Aspekte steigt von 74 % auf 85 % und die sozialer Aspekte von 73 % auf 81 %. Auffällig ist, dass religiöse Fragen im Zusammenhang mit der Gendiag-

nostik auch aus gesellschaftliche Perspektive nur von geringer Bedeutung sind (Zustimmungsrate von 36 %).

Abbildung 5: Aspekte der Gendiagnostik, die aus Sicht der Bürger während der Bürgerkonferenz behandelt werden sollten



Auf die Frage, worin sie einen Erfolg der Bürgerkonferenz sehen würden, stimmten jeweils 78 % der Befragten der Aussage zu, dass die Ergebnisse Eingang in Gesetzesinitiativen finden bzw. der Politikberatung dienen. 69 % der Bürger befürworteten die Aussage, dass die Ergebnisse der Konferenz Eingang in die humangenetische Beratungspraxis finden sollten. Ein von der Bürgerkonferenz ausgelöstes großes Medienecho besitzt für die Befragten deutlich geringere Bedeutung. Die Zustimmungsrates zu dieser Aussage liegt bei 51 %.

An diesen Ergebnissen lässt sich ablesen, welche Bedeutung die Bürger einer eventuellen Mitarbeit in der Bürgerkonferenz beimessen und mit welcher Ernsthaftigkeit sie sich dieser Arbeit widmen wollen. Die Konferenz sollte keine PR-Veranstaltung werden.

Als Teilnehmer würden die Befragten einen Erfolg der Bürgerkonferenz vor allem in einem Wissenszuwachs und einer differenzierteren Beurteilung der Gendiagnostik sehen. Hier stimmen 92 % bzw. 90 % aller Befragten zu. In diesem Ergebnis spiegeln sich auch wichtige Argumente wider, die aus Sicht der Bürger für den Einsatz von Bürgerkonferenzen als Partizipationsmöglichkeit sprechen, nämlich Erweiterung und Vertiefung der eigenen Wissensbasis und politische Meinungsbildung. Der Erfolg der Bürgerkonferenz wird hingegen nicht an einer Änderung der

eigenen Einstellung zur Gendiagnostik festgemacht. Dieser Aussage stimmten gerade einmal 42 % der Befragten zu.

## 4.5 Die Vorbereitungswochenenden

17 der 19 Bürgerinnen und Bürger der Bürgergruppe waren mit dem Verlauf der Vorbereitungswochenenden zufrieden. Zwei Teilnehmer waren in ihrer Einschätzung unentschieden.

Die Schwerpunkte des 1. Vorbereitungswochenendes lagen im Zusammenfinden der Gruppe, in der Einarbeitung in das Thema Gendiagnostik und in der Klärung von Verfahrensfragen. Insgesamt standen 14 Stunden zur Verfügung, die für die folgenden Aufgaben verwandt wurden:

- 32 % für Verfahrens- und Prozessfragen
- 27 % für die Wissensvermittlung
- 25 % für die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema
- 16 % zum Kennenlernen

Den größten Teil der Zeit beanspruchten demnach verfahrenstechnische und organisatorische Aspekte. Tatsächlich standen für 21 % der Bürger diese Aspekte am 1. Vorbereitungswochenende zu sehr im Vordergrund, verglichen mit der inhaltlichen Arbeit. Allerdings hielten 79 %, also die deutliche Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, den zeitlichen Aufwand für verfahrenstechnische Aspekte für angemessen.

Sicherlich kann man den relativ hohen Aufwand für nichtinhaltliche Dinge beklagen, doch an einem Wochenende, an dem das Verfahren der Bürgerkonferenz und die Arbeitsweise während der drei bevorstehenden Wochenenden erklärt werden sowie Gruppenbildungsprozesse stattfinden, ist dieser zeitliche Aufwand für nichtinhaltliche Fragen wohl unvermeidbar. Wichtig war, dass der Beirat in seinem Treffen zwischen den beiden Vorbereitungswochenenden darauf gedrungen hat, den Ablaufplan des 2. Vorbereitungswochenendes dahingehend zu ändern, dass inhaltliche Fragen stärker in den Mittelpunkt gerückt werden, was dann auch geschah.

Zu den angesprochenen Verfahrensfragen gehörten auch eine ganze Reihe von Entscheidungen, die die Bürgergruppe zu treffen hatte. So musste z.B. über den Umgang mit der Presse, die Anwesenheit der Evaluators, die Auswahl der Experten, die Eingrenzung des Themas und die inhaltliche Bearbeitung von Teilthemen entschieden werden. All diese Entscheidungen sind jedoch kein störendes Beiwerk, sondern ureigenste Aufgaben der Bürgergruppe bei der Selbststrukturierung des Prozesses. So wurden sie auch weitestgehend wahrgenommen. Die Mehrheit der Teilnehmer

wünschte sich keine zusätzliche Unterstützung beim Treffen von Entscheidungen. Etwas mehr als die Hälfte würde sogar gern noch selbständiger arbeiten.

Allerdings wurde die Themeneingrenzung in der Gruppe als eher schwierig empfunden, denn dieser Punkt kann nicht einfach formal entschieden werden, sondern bedarf einer breiteren Wissensbasis als sie die Bürger zu den Vorbereitungswochenenden mitbrachten. So wurde von einigen Teilnehmern geäußert, dass es besser gewesen wäre, von Anfang an eine klare Strukturierung des Themas Gendiagnostik vorgegeben zu bekommen. Entsprechend formulierte es eine Bürgerin:

*„Ich hätte mir zu Beginn von den Organisatoren mehr Hilfestellung bei der Themeneingrenzung gewünscht. Meiner Ansicht nach konnten wir das fast nicht leisten, da in den Medien die PID fast immer gleichzeitig mit der Forschung an embryonalen Stammzellen behandelt wurde.“*

Andererseits dürfte der intensive Diskussionsprozess um die Strukturierung des Themas aber dazu beigetragen haben, dass die verschiedenen Teilgebiete der Gendiagnostik danach auch in den Köpfen der Teilnehmer entsprechend gut strukturiert waren. Es wurde aber deutlich, wie viel Zeit man für die selbständige Strukturierung von Fragestellungen und auftretenden Problemen einplanen muss. Z.B. dauerte es eine ½ bis ¾ Stunde, um die Frage zu klären, ob und wie PID und embryonale Stammzellen thematisch zusammenhängen.

Am 2. Vorbereitungswochenende hatten die Bürger insgesamt wiederum 14 Stunden für ihre Arbeit zur Verfügung. Im Vordergrund standen diesmal eindeutig inhaltliche Aspekte (78 % der Zeit), was einerseits dem Drängen des Beirats, andererseits aber auch der Tatsache zu verdanken war, dass der Bürgergruppe das methodische Vorgehen bereits bekannt war und zudem Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den anderen Gruppenmitgliedern vorlagen. Die Schwerpunkte des Wochenendes lagen in der Erarbeitung von Fragen für die Sachverständigen und in der Auswahl der Sachverständigen.

Die während der Wochenenden gewählte Arbeitsweise, bei der sich Kleingruppen- und Plenumsarbeit abwechselten, empfanden fast alle Bürgerinnen und Bürger als Gewinn bringend. Speziell die Arbeit in den Kleingruppen wurde als effizient eingeschätzt, während die Arbeit im Plenum noch verbessert werden könnte. Eine Bürgerin drückte es folgendermaßen aus:

*„An mir habe ich festgestellt, dass ich in der kleinen Gruppe das Dreifache gesagt habe als im Plenum. So fand ich, ging es mehreren und es hat dazu geführt, dass wir gut vorangekommen sind.“*

Am 1. Vorbereitungswochenende wechselte die Zusammensetzung der Kleingruppen ständig. So sollte jeder Bürgerin und jedem Bürger der Kontakt mit möglichst

vielen anderen Teilnehmern sowie deren Ideen und Meinungen ermöglicht werden. Dieser positive Effekt wurde jedoch dadurch reduziert, dass jede neue Kleingruppe sich wieder neu zusammenfinden musste. So erzählten verschiedene Bürgerinnen und Bürger, dass sie erst nach einer halben Stunde richtig ins Arbeiten kamen, Zeit, die für die inhaltliche Arbeit fehlte. Exemplarisch sei dazu die Aussage einer Bürgerin herangezogen:

*„Die Diskussion in der Gruppe war nicht ausreichend. Immer wenn wir in einer lebhaften Diskussion, v.a. in den Kleingruppen, waren, wurden wir wieder ins Plenum geholt. Hier hätte mehr Zeit gut getan.“*

Erst am 2. Vorbereitungswochenende bildeten sich Kleingruppen mit fester personeller Zusammensetzung heraus. Da die Bürgergruppe beschlossen hatte, die Gendiagnostik in ihrer ganzen Breite und trotzdem mit inhaltlicher Tiefe zu behandeln, wurden thematische Untergruppen zu den drei Teilbereichen der Gendiagnostik gebildet, eine zur Präimplantationsdiagnostik (PID), eine zur Pränataldiagnostik (PND) und eine zur prädiktiven Diagnostik. In diesen Gruppen konnte nun sehr effizient gearbeitet werden, allerdings mussten die Ergebnisse auch immer wieder im gesamten Plenum rückgekoppelt werden.

Im Verlauf der beiden Vorbereitungswochenenden entwickelte sich ein angenehmes Gruppenklima. Sowohl die Stimmung in der Gruppe als auch der Umgang miteinander wurden als sehr gut eingeschätzt. Die Bürgerinnen und Bürger schätzten weiterhin ein, dass die Integration einzelner Meinungen in die Gruppenmeinung gut funktionierte, die Mitglieder der Gruppe gleichberechtigt waren, die Gruppe konzentriert arbeitete und gute Ergebnisse produzierte.

Durch die zwei Wochenenden fühlten sich 9 von 19 Bürgerinnen und Bürgern gut und 8 mittelmäßig auf die Abschlusskonferenz vorbereitet. Ein Bürger schätzte die Vorbereitung mit genügend und einer mit ungenügend ein. „Sehr gut“ mochte keiner sagen, weil niemand wusste, was am Konferenzwochenende noch auf die Bürgergruppe zukommen würde. Zwei Zitate von Bürgerinnen und Bürgern seien im Folgenden für ein „Bürger-Resümee“ der beiden Vorbereitungswochenenden herangezogen:

*„Am Ende blieben viele Fragen zu Themenabgrenzung und zu den Ergebnissen der einzelnen Arbeitsgruppen offen. Zudem hätte eine bessere Vorbereitung zum Umgang mit den zu befragenden Experten stattfinden sollen.“*

*„Es hätte mehr Zeit sein müssen, um die einzelnen Themen ausdiskutieren. Dennoch fühle ich mich der Abschlusskonferenz gewachsen. Es ist mir die Angst genommen, den Experten Fragen zu stellen, wenn ich welche habe.“*

## 4.6 Das Konferenzwochenende

Für das Konferenzwochenende waren insgesamt vier Tage eingeplant. Die Bürgergruppe traf sich aber schon am Vorabend des ersten Tages und der Moderator und das Organisationsteam besprachen mit der Gruppe die Sitzordnung und den Ablauf der kommenden Tage. Nach einer zweitägigen Expertenbefragung sollten die Bürgerinnen und Bürger am dritten Tag ihr Votum zur Gendiagnostik niederschreiben und am vierten Tag öffentlich präsentieren.

### 4.6.1 Expertenbefragung

Für die Befragung der Expertinnen und Experten waren insgesamt zwei Tage eingeplant. An beiden Tagen sollten die Sachverständigen ihre Stellungnahmen auf die von den Bürgern gestellten Fragen vortragen und anschließend mit der Bürgergruppe diskutieren. Da ein Teil der Experten nicht die gesamte Zeit anwesend sein konnte, mussten die Organisatoren von ihrem ursprünglichen Vorhaben, die drei Teilbereiche der Gendiagnostik (PID, PND und prädiktive Diagnostik) nacheinander abzuarbeiten, abrücken. So kam es zu der Situation, dass die zu Dreierblöcken zusammengefassten Expertenbeiträge häufig nicht zum selben Themenkomplex gehörten. Zwei Experten, deren Anreise nach Dresden ganz verhindert gewesen war, wurden per Telefon zugeschaltet. Auf Wunsch der Bürgergruppe wurden nach den einzelnen Vorträgen nur Verständnisfragen geklärt, die eigentliche Diskussion schloss sich erst nach allen drei Vorträgen an.

An beiden Tagen saßen, zumindest am Vormittag, ca. 45 Personen im Publikum. Den größten Teil des Publikums bildeten die Sachverständigen selbst, Kommunikationswissenschaftler, Vertreter verschiedener Interessengruppen und Medienvertreter. Bürger aus Dresden oder Umgebung waren nur in sehr geringem Umfang zur Expertenanhörung gekommen.

14 der 19 Bürgerinnen und Bürger waren mit dem Verlauf der Expertenbefragung zufrieden und 13 von 19 hielten das Agieren der Bürgergruppe während der Befragung für angemessen.

*„Nach anfänglicher Zurückhaltung hat die Bürgergruppe immer mehr ihre Interessen vertreten.“*

*„Die 'freien' Vorträge der Experten wurden von uns nicht oder nur zaghaft unterbrochen“*

Fünf Bürger waren eher unzufrieden. Grund für die Unzufriedenheit war der Eindruck, die Bürgergruppe insgesamt hätte zu schwach agiert. Dieses Bild wird durch die Perspektive der Experten bestätigt. Die Hälfte von ihnen war ebenfalls der Mei-

nung, dass die Bürgergruppe während der Befragung hätte stärker agieren und mehr nachfragen können. Insgesamt waren die Expertinnen und Experten aber beeindruckt vom Wissensstand der Bürger und der Rationalität ihrer Argumentationsweise.

Der Einfluss der Experten auf die Befragung wurde von 15 Bürgerinnen und Bürgern mit angemessen und von 5 mit zu stark eingeschätzt. Auch hier deckt sich die Einschätzung der Bürger mit der der Experten. Immerhin 20 % der Expertinnen und Experten hielten ihr eigenes Agieren für zu stark.

*„Die Experten waren zu dominant. Es gab zu wenig Diskussionen mit der Bürgergruppe.“*

Diese Dominanz äußerte sich bei einigen Experten auch in der Wortwahl. Zwar waren alle Sachverständigen vor der Abschlusskonferenz gebeten worden, allgemein verständlich ihren Standpunkt vorzutragen, doch gelang dies nicht immer allen. So waren immerhin fünf Bürger der Meinung, die Experten hätten zu kompliziert gesprochen, allerdings auch zehn, die dieser Aussage nicht zustimmten. Ebenfalls zehn Bürger waren der Auffassung, die Expertinnen und Experten hätten sachliche und klare Antworten gegeben. Und 16 Bürger hatten das Gefühl, in ihren Fragen von den Experten ernst genommen worden zu sein. Schließlich stimmten 14 der 19 Bürgerinnen und Bürger der Aussage zu, dass die Gespräche mit den Experten ihnen geholfen hätten, eine sinnvolle Empfehlung zu erarbeiten.

Trotzdem wurde bereits während der Konferenz von Teilnehmern aus den Reihen der Sachverständigen und der Bürgergruppe mehrere Male geäußert, dass im Saal kein richtiger Dialog zwischen Bürgern und Sachverständigen aufkomme. Verschiedene strukturelle Gründe wurden für diesen Umstand angeführt. Einerseits behinderte die Sitzordnung das Entstehen eines intensiveren Dialogs. Im Prinzip saßen sich die Bürgergruppe und die je drei befragten Experten gegenüber. Andererseits schränkte das genau strukturierte Frage-Antwort-Schema die Möglichkeiten freier Diskussion weiter ein. So entstand bei einigen Bürgern und Experten der Eindruck, sich im Gerichtssaal und nicht in einer Bürgerkonferenz zu befinden. Exemplarisch sei hier das Votum einer Bürgerin angeführt:

*„Der von den Organisatoren vorgegebene Rahmen für die Experten schien mir ungünstig und unangemessen. Die Polarisierung Experten-Laien wurde verstärkt. Offene Gesprächsrunden in kleinen Gruppen, wie sie teilweise in den Kaffeepausen entstanden, wären dienlicher.“*

Entsprechend stimmten auch nur acht Bürger der Aussage zu, dass ein echter Dialog mit den Experten zustande gekommen sei. Neun Bürgerinnen und Bürger stimmten dieser Aussage hingegen nicht zu. Die Expertinnen und Experten wurden im Fragebogen mit einer ähnlichen Aussage zum Zustandekommen eines echten

Dialogs konfrontiert. Sechs von acht Experten, die zu dieser Aussage ihre Stimme abgaben, stimmten zu, wohingegen zwei der Meinung waren, dass kein echter Dialog mit den Bürgern zustande gekommen sei. Auch hier sei eine Expertenmeinung wiedergegeben:

*„Ich hätte mir – zumindest für einige Sektionen – einen intensiveren Austausch gewünscht; sowohl zwischen Bürgergruppe und ExpertInnen als auch zwischen den ExpertInnen untereinander.“*

Ein zweiter Kritikpunkt betraf das Verlesen der Statements. Genau wie die Expertinnen und Experten bereits im Vorfeld der Abschlusskonferenz die Fragen der Bürger zugeschickt bekommen hatten, kannten auch die Bürger schon vorher die Antworten der Experten. Da sich die Organisatoren nicht sicher waren, ob tatsächlich jeder Bürger die Zeit finden würde, die vielen Statements zu lesen und die Anhörung der Sachverständigen zudem ein öffentliches Ereignis war, wollten die Organisatoren nicht vollständig auf das Vortragen der Statements verzichten. Allerdings waren die Experten gebeten worden, die wesentlichen Punkte ihrer Antworten möglichst frei vorzutragen. Nachdem jedoch die ersten Sachverständigen es bevorzugten, ihre Antworten zu verlesen, hielten sich auch alle weiteren Experten an diese „Norm“. Dadurch entstand bei mehreren Bürgern der Eindruck, die knappe Zeit für Dinge zu verschwenden, die man bereits kannte. Tatsächlich hatten 18 der 19 Bürger die Antworten der Experten vor der Abschlusskonferenz gelesen. Viele gingen ganz pragmatisch an ihre Lesearbeit. Sie lasen die Antworten, die den von ihnen schwerpunktmäßig bearbeiteten Teilbereich der Gendiagnostik betrafen, intensiv und überflogen die anderen Antworten. So empfand ein Teil der Bürgerinnen und Bürger das Verlesen der Statements für überflüssig.

In den Kaffeepausen wurde von Medienvertretern der Eindruck geäußert, dass die Mehrzahl der anwesenden Sachverständigen doch eher die Contra-Seite der Gendiagnostik vertreten würde und die Pro-Seite deutlich in der Minderheit sei. Deshalb brauche man sich später auch nicht zu wundern, wenn die Bürgergruppe die Gendiagnostik ablehne. Im Abschnitt Meinungsbildung kann gezeigt werden, dass das Votum der Bürgergruppe letztlich nicht eindeutig contra Gendiagnostik ausfiel. Trotzdem war dieser Hinweis wichtig genug, um auch die Bürger und Experten nach ihrem Eindruck zu befragen, ob die Mehrheit der Sachverständigen eher pro oder eher contra Gendiagnostik gewesen seien. Jeweils die Hälfte der Bürger und der Experten hatten ebenfalls den Eindruck, dass während der Expertenanhörung überwiegend Vertreter der Contra-Seite zu Wort gekommen sei. Die andere Hälfte der Bürgergruppe und der Expertinnen und Experten hatte eher den Eindruck eines ausgeglichenen Verhältnisses zwischen Pro und Contra. Ein Übergewicht der Pro-Seite wurde hingegen von niemandem wahrgenommen.

Trotzdem waren rückwirkend fast alle Bürger der Meinung, dass die Auswahl der Experten richtig gewesen war (15-mal Zustimmung und 4-mal Unentschieden). Und

gleichzeitig wurde von allen Bürgerinnen und Bürgern bestätigt, dass die 1. Expertenliste, die von den Organisatoren erstellt worden war und aus der die an der Bürgerkonferenz teilnehmenden Sachverständigen ausgewählt worden waren, breit genug gewesen sei.

#### **4.6.2 Schreiben des Votums**

Nachdem sich die Bürgergruppe zwei Tage lang die Antworten der Sachverständigen angehört hatten, stand am dritten Tag das Verfassen der eigenen Meinung zum Thema Gendiagnostik auf dem Programm. Dieser Tag war nicht-öffentlich, so dass sich die Bürgergruppe mit Unterstützung des Moderators ganz dieser wichtigen Aufgabe widmen konnte.

Zu Beginn wurde eine vorläufige Gliederung des Bürgervotums festgelegt. Das Bürgervotum soll mit einer Präambel zum Menschenbild beginnen und dann Stellung zu den drei Teilbereichen der Gendiagnostik: zu Gentests in der Gesundheitsvorsorge, zur Präimplantationsdiagnostik (PID) und zur pränatalen Diagnostik (PND) nehmen. Zusätzlich wollten die Bürgerinnen und Bürger noch ein Votum zur Stammzellforschung abgeben.

Für den ersten Punkt, die Präambel lagen bereits drei Vorschläge vor, die von vier Bürgerinnen vor dem Abschlusswochenende bzw. in der vorangegangenen Nacht verfasst worden waren. Da sich die Zusammenführung der drei Entwürfe zu einem im Kreis der 19 schwieriger als gedacht gestaltete, zogen sich vier Bürgerinnen und Bürger zurück, um einen gemeinsamen Text zu entwerfen. Die anderen 15 Bürgerinnen und Bürger hielten in einem Brainstorming die Stichpunkte fest, die ihrer Meinung nach unbedingt in das Bürgervotum hineinkommen sollten. Dann zogen auch sie sich in thematische Kleingruppen zu PID, PND und prädiktiver Diagnostik zurück, um erste Textentwürfe zu formulieren. Zwischendurch wurden diese Entwürfe immer wieder im Plenum diskutiert und gegebenenfalls ergänzt. Letztlich wurden die drei Texte zu den Teilbereichen der Gendiagnostik, wie bereits vorher der Text zur Präambel, Satz für Satz durchgegangen, ehe sie verabschiedet wurden.

Trotz optimistischer Einschätzung seitens des Moderators, mit dem Verfassen des Votums bis 21 oder 22 Uhr fertig zu sein, zog sich die Schreiarbeit letztlich fast bis um 2 Uhr des Folgetages hin. Bewundernswert war, dass alle Bürger bis zum Schluss mit großen Engagement mitmachten. Auch war die Arbeit weiterhin hochkonzentriert, wie das Beispiel einer Bürgerin zeigt. Ihr fiel noch kurz nach 1 Uhr ein Tippfehler im Votum auf, wonach in Deutschland die Abtreibung bis zur 48. Woche, also bis zum 11. Monat erlaubt gewesen wäre. Die Organisatoren übernahmen in Nacharbeit die Formatierung des Bürgervotums und den elektronischen Versand an die zur Präsentation des Votums geladenen Gäste.

Innerhalb von nur 17 Stunden entstand ein lesbares, klar strukturiertes Votum zur Gendiagnostik, über das sich der Parlamentarische Staatssekretär des BMBF Catenhusen folgendermaßen äußerte:

*„Ich bin beeindruckt von der Differenziertheit des Votums (...). Ihre Arbeit beweist, dass in Fragen der sozialen, gesellschaftlichen und moralischen Entscheidungen kein isoliertes Sachverständigenwissen und eine Delegation an Fachmoralethiker gefragt ist, sondern eine Rückkopplung notwendig ist (...).“*

An dieser Stelle sei kurz auf den Inhalt des Bürgervotums zu den drei Teilbereichen der Gendiagnostik: zu Gentests in der Gesundheitsvorsorge, zur Präimplantationsdiagnostik (PID) und zur pränatalen Diagnostik (PND) sowie zur Stammzellforschung eingegangen.

- a) In ihrer Stellungnahme zu Gentests in der Gesundheitsvorsorge (prädiktive Diagnostik) betont die Bürgergruppe, dass Tests nur nach einer freien Entscheidung der Betroffenen und einer umfassenden Beratung durchgeführt werden sollen. Weder Staat, noch Arbeitgeber oder Versicherungen sollten Tests veranlassen bzw. ohne Einwilligung der Betroffenen nutzen dürfen.
- b) Die Einführung der PID wird von der Mehrheit der Bürgergruppe abgelehnt. Interessanterweise stimmten alle zehn Frauen (und ein Mann) gegen die PID und nur Männer für die PID. Die ablehnende Haltung wird mit dem hohen Missbrauchspotential dieser Technik begründet und den negativen Folgen, die ihre Einführung für die Integration behinderten Lebens haben könnte. Die (männlichen) Befürworter der PID begründen ihr Votum mit der in Deutschland geltenden Abtreibungsregelung sowie mit ihrer Auffassung, dass genetisch stark belastete Elternpaare auch ein Recht auf eigene Kinder haben.
- c) In ihrer Stellungnahme zur PND beklagen die Bürgerinnen und Bürger die Ausweitung der PND in den letzten Jahren. Als Gründe dafür werden mangelnde Aufklärung der Frauen sowie der wachsende gesellschaftliche Druck angeführt, mit einem Kind ein „Qualitätsprodukt“ abzuliefern. In der Verbesserung der vorgeburtlichen Beratung sowie in praktischen Maßnahmen, die ein Miteinander behinderten und nicht behinderten Lebens fördern, wird die Chance gesehen, einen Rückgang der Zahl der Abtreibungen nach PND zu erreichen.
- d) Auch in der Frage der Stammzellforschung gibt es ein geteiltes Votum der Gruppe. Die Gegner der PID sind ausnahmslos auch gegen die Forschung an embryonalen Stammzellen. Diese Haltung wird von einem Teil der PID-Befürworter gestützt. Die anderen PID-Befürworter können sich die Forschung an embryonalen Stammzellen vorstellen, aber nur zur Bekämpfung von

Krankheiten, die mit herkömmlichen Mitteln nicht bekämpft werden können. Die gesamte Gruppe unterstützt hingegen die Forschung mit adulten Stammzellen.

Der Tag harter Arbeit am Votum spiegelt sich auch in der Selbsteinschätzung der Bürgergruppe wider. Nur vier Bürgerinnen und Bürger empfanden das Schreiben des Votum als leicht, zehn hielten es für weder leicht noch schwierig und vier schätzten es als schwierig ein. Die größten Schwierigkeiten beim Verfassen der Votums bereitete die Formulierung des Textes selbst, aber auch die Integration verschiedener Meinungen. Besonders die Kombination aus inhaltlicher Diskussion und gleichzeitigem Schreiben stellte eine besondere Herausforderung für die Bürger dar. Der in der Gruppe vorhandene Wissensstand zur Gendiagnostik wurde nicht als Hindernis beim Verfassen des Votums angesehen (siehe Kapitel Wissensaneignung) und die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger hatte das Gefühl, während der Expertenbefragung die richtigen Fragen gestellt zu haben. Das Arbeiten in Kleingruppen und die Abstimmung im Plenum wurde, auch wenn es sich manchmal etwas zäh gestaltete, als effektive Vorgehensweise angesehen.

Insgesamt war die Bürgergruppe mit dem selbsterstellten Votum zufrieden und alle Bürgerinnen und Bürger fanden, dass das Votum die in der Gruppe vertretenen Ansichten und Anliegen in angemessener Weise widerspiegelt. Die befragten Expertinnen und Experten hatten einen etwas kritischeren Blick auf das Bürgervotum. Insgesamt gaben 34 Experten, die entweder als Sachverständige zur Anhörung eingeladen gewesen waren oder an die das Votum verschickt worden war, ein Urteil zum Bürgervotum ab. 62 % der Sachverständigen schätzten die Qualität des Votums mit gut oder sehr gut ein, 23% gaben ein „Befriedigend“ und für 15 % bzw. fünf Personen war die Qualität nur genügend bis ungenügend. Interessant ist, dass sich unter diesen fünf Experten zwei Philosophen und zwei Ärzte befanden. Einer der Experten möchte sein „Ungenügend“ ausschließlich auf die Äußerungen zu Gentests bezogen wissen, nicht auf die Bürgerkonferenz insgesamt. U.a. schreibt er in seiner Kritik zum Bürgervotum:

*„Hier werden die Versicherungen als Wirtschaftsinstitution dargestellt, die mittels Gentests ein Einsparungspotenzial realisieren will, die diskriminiert und die Menschen auf statistische Werte reduziert. Die Schlussfolgerung ist nur konsequent der Ruf nach dem Gesetzgeber. Somit muss ich leider feststellen, dass zumindest in diesem Punkt keine differenzierte Auseinandersetzung mit Versicherungen stattgefunden hat: Es wurde weder zwischen staatlichen und privaten Versicherungen unterschieden (die nach ganz verschiedenen Prinzipien arbeiten) noch nach Lebens- und Krankenversicherung.“*

Bei den Lesern rief allein bereits das geschlechtsspezifisch geteilte Votum der Bürgergruppe zur Präimplantationsdiagnostik (PID) das größte Interesse hervor. In der

Podiumsdiskussion, die der Präsentation des Votums folgte, äußerte sich beispielsweise Frau Prof. Kollek:

*„So deutlich haben wir es noch nie dargelegt bekommen, dass Frauen, vielleicht aus ihrer Erfahrung mit Schwangerschaft, Geburt, Abtreibung zu einer sehr eigenen Einschätzung dieser Thematik kommen. Ich glaube, dass Frauen stärker gehört werden müssen (...).“*

Auch im Kapitel zur Pränataldiagnostik (PND) standen, nach Aussage der Experten, Aspekte im Zentrum, die normalerweise in Technikfolgenabschätzungen zu diesem Thema weniger stark betont werden. Einerseits war den Bürgerinnen und Bürgern der Beratungsaspekt zentrales Anliegen und zum anderen wurde dem Umgang mit und der Integration von Behinderten viel Raum in diesem Kapitel eingeräumt.

### **4.6.3 Präsentation des Votums und Podiumsdiskussion**

Am Tag der Präsentation des Bürgervotums hatten sich ca. 70 Personen als Gäste im Deutschen Hygiene-Museum eingefunden. Im Podium saßen Frau Prof. Dr. Regin Kollek (Stellvertretende Vorsitzende des Nationalen Ethikrates), Frau Ulrike Flach (MdB, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung), Herr Wolf-Michael Catenhusen (Parlamentarischer Staatssekretär des BMBF), Herr Dr. Ekkehard Winter (Mitglied der Geschäftsleitung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft) und Herr Hubert Hüppe (MdB, Stellvertretender Vorsitzender der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Recht und Ethik der modernen Medizin“). In seinem Eröffnungsvortrag erläuterte der Direktor des Museums Herr Vogel, dass mit der Bürgerkonferenz kein neues Gremium zu den etablierten Instanzen geschaffen werden soll. Die Schwerpunkte der Bürgerkonferenz lagen vielmehr in den Bereichen Wissensaneignung und Meinungsbildung und sollten mit einem differenzierten Votum abschließen. Im zweiten Vortrag betonte Herr Prof. Mieth vom wissenschaftlichen Beirat der Bürgerkonferenz die Bedeutung, basisdemokratische Elemente in Entscheidungsprozesse unserer Gesellschaft zu integrieren, sowohl zur Vergewisserung politischer Entscheidungen als auch zur Stärkung der Demokratie.

Nach dieser Einführung verlasen vier Bürgerinnen und Bürger das Votum der Gruppe und zwei weitere überreichten es an die Vertreter des BMBF und des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, also an die Institutionen, die durch ihre finanzielle Unterstützung das Projekt erst ermöglicht hatten. Dann wurden die Teilnehmer des Podiums um eine erste Stellungnahme zum Bürgervotum gebeten. Daran schloss sich eine Diskussion an, in die neben der Bürgergruppe und den Vertretern im Podium auch das Publikum einbezogen war.

Insgesamt war die Bürgergruppe mit dem Verlauf der Präsentation des Votums sehr zufrieden (16 der 19 Bürger). Nur ein Bürger äußerte sich eher unzufrieden über den Verlauf. Gelobt wurde, dass nach der Präsentation eine wirklich interessante Diskussion zwischen Bürgergruppe, Politikern, Sachverständigen und dem Publikum aufkam. Allerdings wurden die etwas ausufernden Statements der Podiumsvertreter kritisiert sowie die Tatsache, dass einige Politiker eher auf Parteipolitik als auf eine Diskussion mit der Bürgergruppe aus waren. Doch man konnte beobachten, dass die Bürgerinnen und Bürger keine Scheu mehr hatten, Fragen zu stellen und sie mit den anwesenden Politikern auf gleicher Augenhöhe diskutierten. Ein Statement eines Bürgers soll einen Eindruck davon geben, wie die Bürgerinnen und Bürger den Verlauf der Präsentation ihres Votums wahrnahmen:

*„Ich bin mit der Diskussion zufrieden, wenn auch die Politik ihren Standpunkt deutlich machte und dieses Bürgervotum nur eventuell zu Rate zieht, was ich persönlich eher bedauerlich finde.“*

Den insgesamt sehr positiven Verlauf bestätigt auch die Äußerung eines Experten:

*„Aus Sicht der Bürger gut, bei den Politikern gemischt (Interesse contra Selbstdarstellung) - insgesamt, von Ausnahmen abgesehen, produktiv, wenn die Politiker es bei ihren Beratungen berücksichtigen.“*

Insgesamt hat sich das Konzept der Organisatoren, die Präsentation des Votums mit einer Podiumsdiskussion zu verbinden sehr gut bewährt.

## **4.7 Moderation**

Dem Moderator kommt für das Gelingen der Bürgerkonferenz eine maßgebliche Funktion zu. Zudem muss der Moderator die drei Wochenenden der Bürgerkonferenz in ihrer methodischen Vorgehensweise umfangreich voraus planen. Nachdem im Vorfeld mehrere Angebote eingeholt worden waren, wurde vom Organisationsteam aus den Bewerbungen Herr Reinhard Sellnow (Nürnberg) als Moderator für die Bürgerkonferenz ausgewählt. Herr Sellnow ist in seiner freiberuflichen Arbeit als Mediator tätig und verfügt über jahrelange Erfahrungen mit verschiedensten Modellen der Bürgerbeteiligung.

Der Moderator begann die Vorbereitungswochenenden mit kleinen Spielen und Übungen, die zum Kennenlernen aller Teilnehmer der Bürgerkonferenz und zur Gruppenbildung beitrugen. Eine weitere Übung diente der Vertrauensbildung unter den Teilnehmern. Immer zwei Teilnehmer mussten sich intensiver miteinander bekannt machen und sich danach gegenseitig vorstellen. Jede Bürgerin und jeder Bür-

ger hatte so erst einmal eine Person in der Gruppe, bei der man auch mal „Luft ablassen“ konnte.

Aufgabe des Moderators während der Wochenenden war es, die Bürgergruppe bei ihrer Einarbeitung in die Thematik, bei der Auswahl der Expertinnen und Experten und beim Formulieren von Fragen zu unterstützen, immer wieder zu visualisieren, zusammenzufassen und nachzufragen. Nach Einschätzung der 19 Bürgerinnen und Bürger gelang ihm das auch. Besonders hervorgehoben wurde, dass der Moderator für ein gutes Klima gesorgt, das Verfahren gut organisiert, die verschiedenen Standpunkte gut integriert, den Überblick behalten und sich neutral verhalten hätte. Leichte Kritik bekam der Moderator, weil es ihm nicht immer gelang, die Diskussionen auf das Wesentliche zu begrenzen.

Während des 1. Vorbereitungswochenendes kam es zu der Situation, dass die Bürgergruppe bei der Strukturierung des Feldes Gendiagnostik die zentralen Aspekte dieser Technologie etwas aus den Augen verlor. Da der Moderator Kommunikationsexperte, aber kein Fachmann für Gendiagnostik war, konnte er verständlicherweise die Bürgergruppe nicht auf dieses Problem aufmerksam machen. Das Organisationsteam, das die notwendigen Fachkenntnisse besaß, hätte Rat geben können, hatte sich aber verpflichtet, getreu dem Leitfaden zur Durchführung von Konsensuskonferenzen (Joss 2000, S. 22) nicht in die inhaltlichen Entscheidungen der Bürgergruppe einzugreifen, um so Manipulationsbefürchtungen seitens der Bürger vorzubeugen. Genau diese Befürchtungen entstanden aber, nachdem das Organisationsteam in der Pause den Moderator auf die oben angesprochene Problematik aufmerksam gemacht hatte und der Moderator daraufhin im Plenum zusammen mit der Bürgergruppe die vorher eingeschlagene Richtung korrigierte. Für die Bürgergruppe blieb der Abstimmungsprozess zwischen Organisationsteam und Moderator intransparent und Ängste entstanden, dass nicht mehr die Bürger Herren bzw. Damen des Verfahrens wären, sondern die Organisatoren und der Moderator ihnen die Richtung vorgäben.

Ein Weg aus diesem Dilemma wäre, die Moderation des Verfahrens einem „Universalmoderator“ zu übertragen, der einerseits neutral die Kommunikationsprozesse in der Gruppe begleitet, andererseits aber auch über entsprechendes Fachwissen verfügt, um die Gruppen, wenn nötig zu korrigieren. Dieser Wunsch drückt sich in verschiedenen Äußerungen der Bürger in den Fragebögen aus:

*„Ein Moderator, auch wenn er sich neutral verhält, braucht ein gewisses Hintergrundwissen, um die verschiedenen Ansichten in richtige Bahnen kanalisieren zu können.“*

*„Bei auftretenden Zwischenfragen oder Verständnisschwierigkeiten könnte er sofort Antworten geben und die Diskussion würde glatter und fundierter ablaufen.“*

*„Er braucht Hintergrundwissen, um nicht oberflächlich mit Themen umzugehen oder dass es zu sehr in die Breite geht.“*

Insgesamt plädierten fast 80 % der Bürger für einen neutralen Moderator, der zusätzlich noch über Hintergrundwissen verfügt.

Gleichzeitig wurden in den Fragebögen aber auch Bedenken geäußert, dass solch ein „Universalmoderator“ durch sein Wissen vielleicht zu sehr die Richtung vorgeben könnte.

*„Er kann Hintergrundwissen haben, wenn er es nicht dazu verwendet, seine Meinung der Gruppe aufzudrängen.“*

Drei Punkte sprechen gegen die Lösung einer Kombination von Moderation und Fachexpertise in einer Person. Zum einen dürfte es schwierig sein, unter professionellen Moderatoren jemanden zu finden, der zugleich Experte in einer wissenschaftlichen Spezialdisziplin, wie z.B. der Gendiagnostik ist. Zum Zweiten hat ein Moderator mit der Gestaltung der Kommunikationsprozesse im Verfahren mehr als genug zu tun. Und drittens ist es unvermeidlich, dass ein Moderator mit Hintergrundwissen, wenn auch unbeabsichtigt, eigene Präferenzen zu einem Thema mit in die Gruppe trägt.

In der Praxis hat sich nach verschiedenen Gesprächen dann eine für alle Seiten sehr zufrieden stellende Lösung herauskristallisiert. Am zweiten Vorbereitungswochenende wurde die Rollenverteilung zwischen Moderator und Organisationsteam dergestalt gelöst, dass der Moderator seiner eigentlichen Aufgabe, der Gestaltung der Kommunikationsprozesse nachgehen konnte und fachliche Anfragen oder Probleme an die Organisatoren weiterleitete. Das Organisationsteam übernahm damit zusätzlich die Aufgabe eines Fachexperten, aber nur bei Anfragen aus der Bürgergruppe. Diese Regelung erwies sich als klar und transparent und bewährte sich während des 2. Vorbereitungswochenendes hervorragend.

Am Ende des 2. Vorbereitungswochenendes hatte die Bürgergruppe noch darüber abzustimmen, in welcher Rolle sie sich den Moderator während der Expertenbefragung wünscht. Dazu präsentierte Herr Sellnow zwei Vorschläge:

- a) „schwache“ Rolle des Moderators, d.h. er sorgt nur für das Einhalten des Ablaufplans, der (Rede-)Zeiten, der Wortmeldungen usw.
- b) „stärkere“ Rolle des Moderators als Helfer und Anwalt der Gruppe, d.h. er hat zusätzlich die Aufgabe, bei den Befragungen auch nachzuhaken, der Gruppe beim Gliedern, Strukturieren, Zusammenfassen und ggf. Formulieren zu helfen.

Die Gruppe wählte Variante b).

Während der Expertenanhörung hatten dann allerdings einige der Bürgerinnen und Bürger den Eindruck, der Moderator habe die schwache Rolle übernommen und beschränke sich auf das An- und Abmoderieren sowie das Einhalten der Zeitvorgaben. Zwar stimmten noch neun Bürger der Aussage „Der Moderator unterstützte die Bürgergruppe beim intensiven Nachfragen“ zu, doch immerhin fünf Bürgerinnen und Bürger waren gerade nicht dieser Meinung. Ein Bürger formulierte es folgendermaßen:

*„Der Moderator hat in einigen Situationen falsch reagiert und eigentlich nur an die Zeit gedacht, aus diesem Grund hat er auch Diskussionen abgebrochen, das war für den Verlauf nicht gut und hemmend.“*

Insgesamt hätte sich die Bürgergruppe während der Expertenanhörung einen etwas „stärkeren“ Moderator gewünscht.

Am Tag, an dem das Bürgervotum verfasst wurde, war es die Aufgabe des Moderators den Bürgern einerseits die Angst vor dem Schreiben zu nehmen und andererseits ihnen auch konkrete Hilfestellungen zur Strukturierung des Themas Gendiagnostik zu geben. Mehrere Bürger waren hinterher allerdings der Meinung, der Moderator hätte es etwas zu gut mit ihnen gemeint:

*„Der Moderator war zwar eine große Hilfe durch seine Gliederung und so weiter, aber beim Verbessern der Texte hat er sich zu sehr eingemischt und hat Entscheidungen z.T. verlangsamt.“*

*„Die Ausführungen des Moderators über die Möglichkeiten der Hilfestellung seinerseits haben 1. viel zu viel Zeit gekostet und 2. haben die Hilfestellungen des Moderators sich wie 'Zwangsjacken' bei einigen Teilnehmern ausgewirkt.“*

*„Der Moderator hat m.E. ein bisschen die Kreativität gebremst, obwohl er mit dem vorhandenen Zeitdruck eine schwierige Aufgabe hatte.“*

Acht der 19 Bürger waren hinterher der Meinung, der Moderator hätte an diesem Tag zu großen Einfluss ausgeübt. Eine Bürgerin schreibt z.B.:

*„Die Aufgabe des Moderators war sicherlich sehr schwierig. Mir war er in Teilbereichen zu dominant.“*

Grundsätzlich wäre die Durchführung der Bürgerkonferenz mit zwei professionellen Moderatoren empfehlenswert gewesen. So hätte der Moderator, der oft kommunikative Aspekte und inhaltliche Fragen gleichzeitig zu beachten hatte, entlastet werden können. Zudem hätten Probleme, die ab und an zwischen Moderator und Bürgergruppe auftauchten und die zumindest zum Teil der Überbelastung des Mo-

derators geschuldet waren, von Anfang an entschärft werden können. Das knappe Finanzbudget der Organisatoren ließ diese Lösung aber nicht zu. Es war nur möglich, dem Moderator in Person von Frau Silke Domasch eine Assistentin zur Seite zu stellen.

Insgesamt kann aber festgehalten werden, dass der straffe Zeitplan der Moderators der Bürgergruppe eine gute Orientierung gegeben und somit entscheidend zum Gelingen der Bürgerkonferenz beigetragen hat. Dies ging allerdings zeitweise auch zu Lasten der Flexibilität, was Zeitverschiebungen oder Eigeninitiative seitens der Bürger anging.

#### **4.8 Wissenschaftsjournalist**

Um der Bürgergruppe einen Eindruck von der Breite und der Komplexität des Themas Gendiagnostik zu geben, wurde der Wissenschaftsjournalist Volker Stollorz gebeten, am 1. Vorbereitungswochenende einen Überblicksvortrag zu halten. Seine lockere Vortragsweise wurde von allen Teilnehmern als sehr angenehm empfunden. Allerdings fühlten sich die meisten nach 1 ½ Stunden Zuhören völlig erschöpft.

Nach der Pause schlug der Moderator spontan vor, Herr Stollorz könne doch der Gruppe auch bei der Gliederung des Themas und der Schwerpunktsetzung helfen. Da er jedoch darauf nicht eigentlich vorbereitet war, gelang es dem Wissenschaftsjournalisten in den folgenden zweiten 1 ½ Stunden nicht, das Themenfeld der Gendiagnostik zu strukturieren. Vielmehr schnitt er die verschiedensten Themen an, führte sie bis in Einzelheiten aus und zeigte, wie eigentlich alles mit allem zusammenhängt. Auf andere Themen wie Gendiagnostik am Arbeitsplatz oder im Versicherungswesen kam er gar nicht zu sprechen.

Die Bürgergruppe fand den Vortrag zwar insgesamt etwas lang, aber sehr hilfreich, auch für die weitere Strukturierung des Themas. Nach Einschätzung der Bürgerinnen und Bürger waren die dargebotenen Informationen umfassend und gut dargestellt. Die Mehrheit der Bürgergruppe war zudem der Meinung, dass der Journalist die Vor- und Nachteile der Gendiagnostik ausgewogen dargestellt habe.

#### **4.9 Organisationsteam**

Der Kern des Organisationsteams bestand aus Herrn Jörg Naumann (Leiter des Forum Wissenschaft), Frau Dr. Silke Schicktanz (Projektleitung), Herrn Christian Holtorf (Wissenschaftlicher Referent im Forum Wissenschaft) und Frau Grit Krause

(Organisation). Unterstützt wurde dieses Team von einer Vielzahl studentischer Hilfskräfte. Das Organisationsteam fühlte sich nicht nur für den reibungslosen Ablauf der Bürgerkonferenz verantwortlich, sondern gestaltete auch das Rahmenprogramm, in dem der Bürgergruppe z.B. das Hygiene-Museum und die Stadt Dresden nahe gebracht wurden. Dadurch gelang es den Organisatoren, eine Atmosphäre zu schaffen, die der Gruppenbildung sehr förderlich war. Entsprechend positiv fallen die Urteile der Bürgerinnen und Bürger auch aus:

*„Für das leibliche Wohl der Teilnehmer wurde immer bestens gesorgt. Kompliment an das Organisationsteam!“*

*„Dass so eine vertrauensvolle, lockere, freundschaftliche Atmosphäre bei so unterschiedlichen und sich fremden Menschen aufkam, ist ein großes Verdienst von Organisatoren und Moderator.“*

*„Ich möchte noch einmal betonen, dass die Atmosphäre zwischen den Bürgern und auch mit den Organisatoren sehr angenehm war.“*

Die im Fragebogen abgefragten Punkte zum Organisationsteam fanden durchweg die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger. So fühlten sie sich ausreichend über den Ablauf der Wochenenden informiert, lobten die Auswahl der Konferenzräume, bestätigten, dass genügend Pausen eingeplant waren und ihnen genügend Informationsmaterial zur Verfügung gestellt wurde. Der letzte Punkt fand aber auch leichte Kritik der Bürgerinnen und Bürger, weil sie teilweise zu viel Informationsmaterial zu kurzfristig zugeschickt bekamen. Die Organisatoren wurden schließlich als vertrauenswürdig, aber trotzdem neutral eingeschätzt.

Die Leistungen des gesamten Organisationsteams wurden von der Bürgergruppe nach der Präsentation des Votums abschließend gewürdigt. In einem herzerfreudenden Berlinerisch gingen die folgenden Worte an die Organisatoren:

*„Dit war nich schlecht. Mit dem Team kann man Blumentöpfe ernten jehn.“*

## **4.10 Evaluation**

Gleich zu Beginn des 1. Vorbereitungswochenendes stellte der Moderator nach vorheriger Absprache mit dem Organisationsteam das Thema Evaluation im Plenum zur Debatte. Die Bürgerinnen und Bürger sollten selbst entscheiden, ob sie jemanden, der das Verfahren aus dem Hintergrund wissenschaftlich beobachten will, tolerieren wollen oder nicht. Schon bei den einführenden Worten des Moderators wurde am Kopfschütteln einer Reihe von Bürgerinnen und Bürgern deutlich,

das sie keine Probleme mit der Anwesenheit des Evaluators hatten. Vielmehr wurde es als positiv gesehen, dass jemand von außen auf das Verfahren schaut. Entsprechend wurde im Konsens festgelegt, dass der Evaluator während der Plenumsdiskussionen anwesend sein könne, während die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Kleingruppenarbeit vorerst ungestört bleiben sollten. Am Konferenzwochenende wurde der Evaluator von den Teilnehmern dann auch zur Teilnahme an den Kleingruppenbesprechungen gebeten.

In der abschließenden Befragung zur Evaluation stimmen alle Bürgerinnen und Bürger darin überein, dass die Evaluation sinnvoll sei, um den Ablauf der Bürgerkonferenz zu beobachten und zu analysieren. In den Augen der Bürgerinnen und Bürger war die sozialwissenschaftliche Begleitforschung weder störend noch wurde das Verfahren selbst durch die Evaluation beeinflusst.

#### **4.11 Kosten**

Eine Frage, vor der alle Organisatoren von Bürgerkonferenzen stehen, ist die der Kosten. Die Bürgerkonferenz „Streitfall Gendiagnostik“ wurde insgesamt mit 138.000 € gefördert, wovon das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 117.600 € finanzierte und der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 20.400 €. In der Gesamtsumme sind die Kosten für die Evaluation des Verfahrens von ca. 24.000 € bereits enthalten. Doch nach Auskunft der Organisatoren wurde der Arbeits- und Personalaufwand zur Durchführung der Bürgerkonferenz nicht nur im Projektantrag, sondern auch während des weiteren Verlaufs des Verfahrens gänzlich unterschätzt. Zusätzlich zur oben genannten Summe kamen Personalkosten von umgerechnet 51.000 € hinzu, die vom Deutschen Hygiene-Museum Dresden getragen wurden. Somit kostete die Bürgerkonferenz insgesamt 189.000 €

Angesichts dieser Summe wird häufig die Frage nach dem Kosten-Nutzen-Verhältnis und damit nach der Effizienz solcher Verfahren gestellt. Es ist jedoch schwierig, dem klar definierten Kostenbetrag einen ebenso klaren Nutzenbetrag in Euro gegenüberzustellen. Bei den verschiedenen Wirkungen, die durch die Bürgerkonferenz entfaltet werden konnten (siehe Kapitel Wissensaneignung, Meinungsbildung, öffentliche Debatte u.a.), handelt es sich in der Regel um nichtquantifizierbare Größen. Es ist jedoch möglich, die Kosten der ersten deutschen Bürgerkonferenz den Kosten ausländischer Verfahren gegenüberzustellen. So schreiben Enderlin Cavigelli & Schild (1998) in ihren Evaluationsbericht zum ersten schweizerischen PubliForum, dass dieses Verfahren umgerechnet 190.000 € zuzüglich 51.000 € für Personal gekostet hat, also insgesamt 241.000 €. Nicht inbegriffen sind in dieser Summe die Kosten der Evaluation. Die Durchführung der ersten britischen Konsensuskonferenz 1994 kostete ca. 165.000 € (persönliche Mitteilung S. Joss). In Norwegen lagen die Kosten der ersten Konsensuskonferenz von 1996 bei 137.500 € (Mørkrød

2001). Dieser Betrag sank bei einer weiteren Konsensuskonferenz im Jahr 2000, die mit denselben Teilnehmern der ersten Konferenz veranstaltet wurde, und bei der man auf die Vorbereitungswochenenden verzichtete, auf 37.500 € Und in Dänemark, wo bereits seit Beginn der 1980er-Jahre Konsensuskonferenzen stattfinden und entsprechend viel Routine bei Organisation und Durchführung vorliegen, liegen die Kosten für ein Verfahren bei 40.000 bis 70.000 € (Enderlin Cavigelli & Schild 1998). Zur besseren Übersicht seien die genannten Summen noch einmal in der folgenden Tabelle zusammengefasst.

Tabelle 4: Kosten von Konsensuskonferenzen in Europa

Deutschland	189.000 €
Schweiz	241.000 €
Norwegen	137.500 €
Großbritannien	165.000 €
Dänemark	40.000 – 70.000 €

Die angeführten Summen zeigen, dass die Kosten der deutschen Bürgerkonferenz verglichen mit anderen Verfahren im Mittelfeld lagen. Für die Durchführung der ersten Bürgerkonferenz in einem Land sind nach diesen Zahlen Kosten in Höhe von 140.000 bis 240.000 € zu veranschlagen. Die dänischen Zahlen legen aber auch nahe, dass der finanzielle Aufwand für dieses Modell partizipativer Technikfolgenabschätzung mit zunehmender Routine deutlich reduziert werden kann.



## 5. Die Wirkungen der Bürgerkonferenz

Von der Vielzahl der Wirkungen, die von der Bürgerkonferenz ausgehen können, sind im Rahmen der sozialwissenschaftlichen Begleitforschung individuelle Wirkungen (Wissensaneignung, Meinungsbildung), mikrosoziale Wirkungen (Gruppenerfahrung, Multiplikatorfunktion) und gesellschaftliche Wirkungen (Medien, Politik) untersucht worden.

### 5.1 Wissensaneignung

Die Erwartungen der Bürger, dass ihnen die Bürgerkonferenz einen Zuwachs an Wissen zum Thema Gendiagnostik bringt, waren sehr hoch. 16 der 19 Bürger (oder 84 %) erwarteten, dass ihnen die Konferenz einen Wissenszuwachs bringen wird. Nur ein Bürger erwartete keinen Wissensgewinn.

Um dieses Ziel der Bürger zu ermöglichen, hatte das Organisationsteam eine umfangreiche Informationsmappe zur Thematik vorbereitet, die während der drei Wochenenden ständig durch weitere Kopien interessanter Artikel ergänzt wurde. Auch zwischen den Wochenenden bekamen die Bürger „Hausaufgaben“ (z.B. zum Menschenbild) zugeschickt. Aus Sicht der Bürgergruppe meinten es die Organisatoren teilweise aber auch zu gut mit den Bürgern wie aus der folgenden Meinung eines Bürgers hervorgeht:

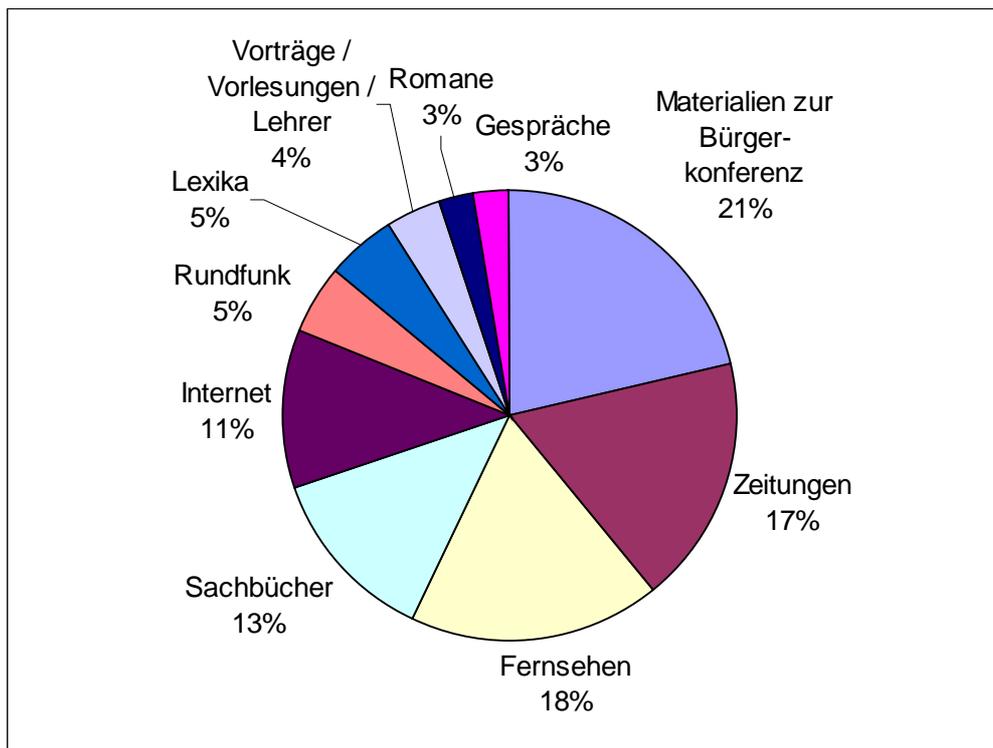
*„Man sollte aber nicht zu viel Info-Material dem Bürger geben, man fühlt sich sonst überfordert bzw. 'überschüttet' mit Material und das eigentlich Wesentliche ist kaum noch nachvollziehbar.“*

Weiterhin war während der Veranstaltungen ein Büchertisch aufgebaut worden und zu Beginn des 2. Vorbereitungswochenendes wurden Videos über Gendiagnostik und zur Debatte um dieses Thema gezeigt. Diese Informationsquellen wurden komplettiert durch den Einführungsvortrag des Wissenschaftsjournalisten am 1. Vorbereitungswochenende sowie durch die Expertenbefragung am Konferenzwochenende (siehe Kapitel 4).

Die Bürgergruppe informierte sich nicht nur während der drei Wochenenden in Dresden über das Thema Gendiagnostik, sondern bildete sich auch in den Zwischenzeiten weiter. Alle Bürger gaben in den Fragebögen an, sich zwischen den Wochenenden weiter mit dem Thema beschäftigt zu haben. Wichtigste Informationsquellen waren dabei die Materialien zur Gendiagnostik, die die Organisatoren bereitgestellt hatten. Zweitwichtigste Informationsquellen waren das Fernsehen und

Zeitungen, gefolgt von Sachbüchern und dem Internet (Abbildung 6). Außerdem informierten sich die Bürgerinnen und Bürger gegenseitig über interessante Fernsehsendungen zur Thematik und brachten regional erschienene Gendiagnostik-Zeitungsartikel mit zur Veranstaltung nach Dresden.

Abbildung 6: Informationsquellen, die die Bürger zwischen den Wochenenden zur Weiterbildung zum Thema Gendiagnostik nutzten (nach Häufigkeit der Nennungen)

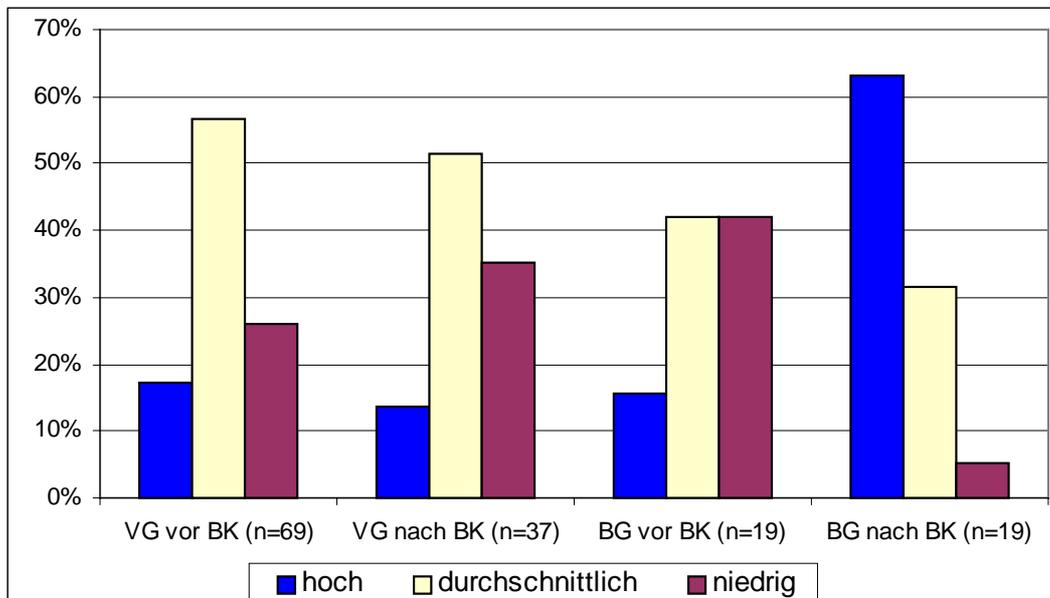


Interessant ist an dieser Stelle, dass auch die Bürger, die gern an der Bürgerkonferenz teilgenommen hätten, letztlich aber nicht ausgewählt worden waren, weiterhin mit Interesse das Thema Gendiagnostik verfolgten. 81 % der Personen der Vergleichsgruppe gab auf Nachfrage an, sich weiter mit der Thematik beschäftigt zu haben. Dabei nutzten sie v.a. Zeitungen und das Fernsehen.

Den Erfolg dieser umfassenden Wissensvermittlung zeigt sehr anschaulich die folgende Abbildung 6. Vor der Bürgerkonferenz schätzten nur ca. 16 % der 19 Bürger ihr Wissen zu Gendiagnostik insgesamt mit hoch ein. 42 % hielten ihren Wissensstand für durchschnittlich und ebenfalls 42 % für eher niedrig. Dieses Bild ändert sich vollständig, wenn man die Ergebnisse der Selbsteinschätzung nach der Bürgerkonferenz betrachtet. Jetzt schätzten 63 % ihren Wissensstand zur Gendiagnostik mit hoch ein. 32 % waren der Meinung, ihr Wissen sei durchschnittlich und nur ein Bürger schätzte seinen Wissensstand mit niedrig ein.

Doch nicht nur in diesem Vorher-Nachher-Vergleich zeigt sich die erfolgreiche Wissensvermittlung, auch im Vergleich mit der Vergleichsgruppe (Abbildung 7), also den Bürgern, die gern an der Bürgerkonferenz teilgenommen hätten, wird die Intensität der Wissensaneignung in der Bürgergruppe deutlich. Vor der Bürgerkonferenz gab es im Wissensstand zur Gendiagnostik keinen Unterschied zwischen Bürgergruppe und Vergleichsgruppe. Die Bürgergruppe schätzte ihr Wissen eher noch etwas schlechter ein. Die Befragung nach der Bürgerkonferenz zeigt, dass sich bei den Personen der Vergleichsgruppe der Wissensstand zur Gendiagnostik nicht veränderte (obwohl sie sich auch weiterinformiert hatten), während er sich, wie bereits erläutert, bei der Bürgergruppe enorm erhöhte.

Abbildung 7: Selbsteinschätzung des Wissensstandes der Bürgergruppe (BG) und der Vergleichsgruppe (VG) vor bzw. nach der Bürgerkonferenz (BK).



Auch in den Teilgebieten der Gendiagnostik, der Präimplantationsdiagnostik (PID), der Pränataldiagnostik (PND) und der prädiktiven Diagnostik lassen sich die Effekte der Wissensaneignung sehr gut zeigen. Bei der PID stieg der Anteil der Personen aus der Bürgergruppe, die ihren Wissensstand mit hoch einschätzten von 53 % auf 89 %, bei der PND von 58 % auf 94 % und bei der prädiktiven Diagnostik sogar von 0 % auf 88 %. Wiederum gab es vor der Bürgerkonferenz keine Unterschiede im Wissensstand zwischen Bürger- und Vergleichsgruppe. Und wiederum kam es bei den Bürgern der Vergleichsgruppe zwischen der ersten und der zweiten Befragung zu keinerlei Veränderungen im Wissensstand.

## 5.2 Meinungsbildung

Grundlage einer differenzierten Meinungsbildung ist eine gute Informationsbasis, das bestätigte auch die Auswertung der Befragung. 18 der 19 Bürger hielten eine breite Wissensbasis für wichtig, um sich eine eigene Meinung zur Gendiagnostik und ihren Teilbereichen zu bilden. Stellvertretend für die Vielzahl der Äußerungen zu diesem Thema seien die beiden folgenden Bürgermeinungen wiedergegeben:

*„Ohne einen breiten Überblick über das Themenfeld zu haben, kann man keine fundierte Meinung haben. Mit einer zu engen Informationsbasis übersieht man leicht wichtige Details zur Meinungsbildung.“*

*„Nur durch breites Wissen, durch Abwägen von Vor- und Nachteilen der Diagnostik, kann ich mir auch eine objektive Meinung (Berücksichtigung anderer Fälle) bilden.“*

Doch die zweite Grundlage einer differenzierten Meinungsbildung ist die angemessene Diskussion und Verarbeitung der Vielzahl von Informationen. Und in diesem Punkt beklagen 89 % der Bürger, dass die Zeit während der Bürgerkonferenz zu kurz war, um sich inhaltlich ausreichend mit dem Thema auseinanderzusetzen.

*„Es war ja so gut wie keine Möglichkeit, zur Diskussion des Pro und Contra zur PID.“*

*„Durch die straffe Zeitstruktur blieb uns wenig Zeit in der Gruppe, ohne Zeitdruck eine befriedigende Diskussion zu führen.“*

*„Es fehlte die Zeit, die Antworten der Experten noch einmal zu überdenken.“*

Außerdem fällt in den Statements der Bürger ein Kritikpunkt am Ablauf der Bürgerkonferenz selbst auf. An verschiedenen Stellen in den Fragebögen wird nämlich kritisiert, dass während der gesamten Bürgerkonferenz eigentlich kein zeitlicher Rahmen für eine gründliche Diskussion des Für und Wider und der verschiedenen Meinungen in der Bürgergruppe vorgesehen war. Speziell nach der Expertenanhörung hätten die Bürger die vielen Fakten gern ausführlich diskutiert.

*„Die eigentliche Diskussion fand erst beim Schreiben des Bürgervotums statt. Hier traten mit Sicherheit neue Aspekte hervor, die aufgrund des Zeitmangels nicht überdacht werden konnten (persönliche Meinungsbildung) und so keinen Einfluss auf die Stellungnahme hatten.“*

Diese Kritik und mögliche Änderungsvorschläge werden noch einmal im Abschnitt „Zielerreichung“ aufgegriffen.

Trotz dieser Kritik gaben aber 56 % der Bürger an, dass die Zeit während der Bürgerkonferenz zur Bildung einer eigenen Meinung angemessen war. 44 % hielten die Zeit für zu kurz. Dieses Ergebnis wird durch die Tatsache beeinflusst, dass ein Teil der Bürger bereits mit einer Meinung zur Gendiagnostik insgesamt bzw. zu Teilbereichen der Gendiagnostik zur Bürgerkonferenz gekommen waren. Eine Bürgerin äußert sich beispielsweise:

*„Meine eigene Meinung hatte ich schon, deshalb war die Zeit ausreichend. Daran konnte ich auch in der Zeit zu Hause arbeiten und alles noch etwas vertiefen.“*

Insgesamt hatten sich ca. ein Drittel der Bürger bereits vor der Bürgerkonferenz eine Meinung zur Gendiagnostik bzw. ihren Teilbereichen gebildet. Im Einzelnen waren das sechs Bürger mit einer Meinung zu PID, sechs zu PND und fünf zur prädiktiven Diagnostik. Diese Bürger gaben an, dass sich ihre Meinung durch die Informationen, die sie während der Bürgerkonferenz geboten bekamen, gefestigt hätte:

*„Ich hatte eine feste Meinung, welche aber durch manches, was ich gelesen und gehört habe, ins Wanken kam. Sie hat sich dann aber nach der Expertenbefragung wieder gefestigt. Die Vertiefung über die Monate, welche zur Verfügung standen, haben auch sehr dazu beigetragen.“*

*„Es hat mich gefreut, dass sich trotz der Pro- und Contra-Stellungnahmen und dem Abklopfen nach allen Richtungen mein eigenes ethisches Empfinden durchgesetzt hat.“*

*„Ja klar gab es einen Prozess der Meinungsbildung, vor allen Dingen in Feinheiten, die sich natürlich erst während der Konferenz ausgebildet haben, aber so die Grundrichtung stand eigentlich von vornherein fest, mit der bin ich auch hierher gekommen, und, ja, da hat sich halt nichts daran geändert.“*

So bestätigt sich auch in dieser Bürgergruppe, dass wenn jemand bereits eine Meinung zu einem Thema entwickelt hat, Informationsvermittlung nur in den seltensten Fällen tatsächlich zu einer Meinungsänderung führt. Vielmehr werden Informationen selektiv, eben aus der Perspektive dieser Meinung aufgenommen und zur Stützung derselben verwandt.

Die übrigen Bürger der Gruppe kamen ohne Meinung zur Gendiagnostik bzw. ihren Teilbereichen zur Bürgerkonferenz, einige hatten sich vorher noch nie mit diesem Thema beschäftigt. Bei diesen Bürgern bewirkte die Bürgerkonferenz nicht nur ei-

nen enormen Wissenszuwachs, sondern auch zur Bildung einer eigenen differenzierten Meinung. Zwei Bürger äußerten sich z.B. folgendermaßen:

*„Ich bin eigentlich hierher gegangen ohne eine Meinung, weil ich dachte, ich weiß nicht so viel, ich kann mir darüber jetzt keine Meinung erst mal bilden, und habe mir eigentlich erst eine Meinung im Laufe des Verfahrens gebildet.“*

*„Es war die Vielfalt der Experten und ihre Meinungen, die unterschiedlichen Darstellungen und Schlussfolgerungen. Diese vielfältigen Differenzierungen haben mir in der Meinungsbildung sehr geholfen.“*

Bis auf einen Bürger sind alle anderen Bürgerinnen und Bürger mit einer klaren Meinung zumindest zu Teilbereichen der Gendiagnostik aus dem Verfahren gegangen. Im Einzelnen hatten sich 14 Bürger zur PID, 17 zur PND und 16 zur prädiktiven Diagnostik eine Meinung gebildet bzw. ihre Meinung gefestigt. Aus diesen Daten lässt sich ableiten, dass Meinungsfestigung und Meinungsbildung neben Wissensaneignung wichtige Effekte sind, die Bürgerkonferenzen im persönlichen Kontext auslösen können.

Neben der Frage, ob es während der Bürgerkonferenz zu Meinungsbildung kam, ist es natürlich genauso interessant, nach der inhaltlichen Ausrichtung der verschiedenen Meinungen zu fragen. Um diese Frage zu beantworten, wurden in den Fragebögen verschiedene Bewertungsfragen gestellt. Die Ergebnisse zeigen, dass vor der Bürgerkonferenz 8 der 19 Bürger (oder 42 %) die Gendiagnostik befürworteten, 37 % der Bürger standen ihr neutral (im Sinne von: gleichermaßen positiv wie negativ) gegenüber und 21 % gaben ein ablehnendes Urteil ab. Insgesamt überwog deutlich eine befürwortende Haltung zu dieser Technik. Nach der Bürgerkonferenz zeigte sich ein ganz anderes Bild. Jetzt befürworteten nur noch 3 der 19 Bürger (oder 16 %) die Gendiagnostik. Die Zahl der Befürworter von Gentests hatte sich demnach mehr als halbiert. Von den ursprünglich acht Bürgern verblieben nur die drei Bürger bei ihrer aufgeschlossenen Haltung zur Gendiagnostik, die bereits mit fester Meinung zur Bürgerkonferenz gekommen waren. Die übrigen fünf ursprünglich befürwortenden, gaben nun ein neutrales Urteil zur Gendiagnostik ab oder lehnten sie ganz ab. Die Äußerung einer Bürgerin zur Bildung ihrer Meinung sei hier exemplarisch wiedergegeben:

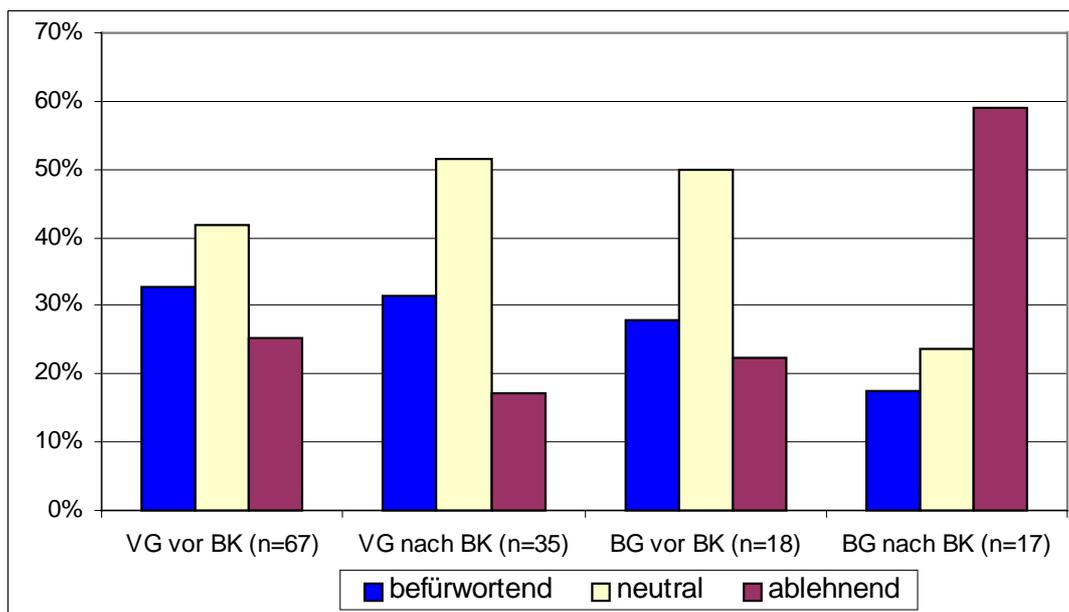
*„Ich hatte schon eine gewisse Vorahnung. Aber eine Tendenz zu der einen oder anderen Seite muss ich sagen war nicht ausgeprägt, weil ich bin auch der Forschung gegenüber sehr offen und habe vielleicht auch gar nicht die Brisanz erkannt, die in dem einen oder anderen Detail steckt. Erst wenn man sich dann mehr damit auseinandersetzt, sieht man die Riesenschancen des Missbrauchs eben auch. Dass es eben auch ethisch sehr viele Probleme gibt, merkt man erst, wenn man tiefer in die*

*Materie eindringt, und das glaube ich, das ist bei allen 19 Leuten so gewesen, die das Ganze mit Sicherheit jetzt sehr viel komplexer betrachten.“*

Nach der Bürgerkonferenz waren insgesamt 53 % der Bürgerinnen und Bürger neutral und 32 % ablehnend gegenüber gendiagnostischen Fragen eingestellt. Die Zahl der Bürger, die Gendiagnostik ablehnten, überstieg damit die Zahl der Befürworter um das Doppelte.

Eine noch deutlichere Entwicklung hin zu einer ablehnenden Einstellung gab es bei der Bewertung der gendiagnostischen Teilbereiche PID und PND. Vor der Bürgerkonferenz hatten 28 % der Bürger die PID befürwortet, 50 % ein neutrales Urteil abgegeben und 22 % ihre Ablehnung ausgedrückt. Die PND wurde von 35 % der Bürger befürwortet, von 53 % neutral und von 12 % ablehnend beurteilt.

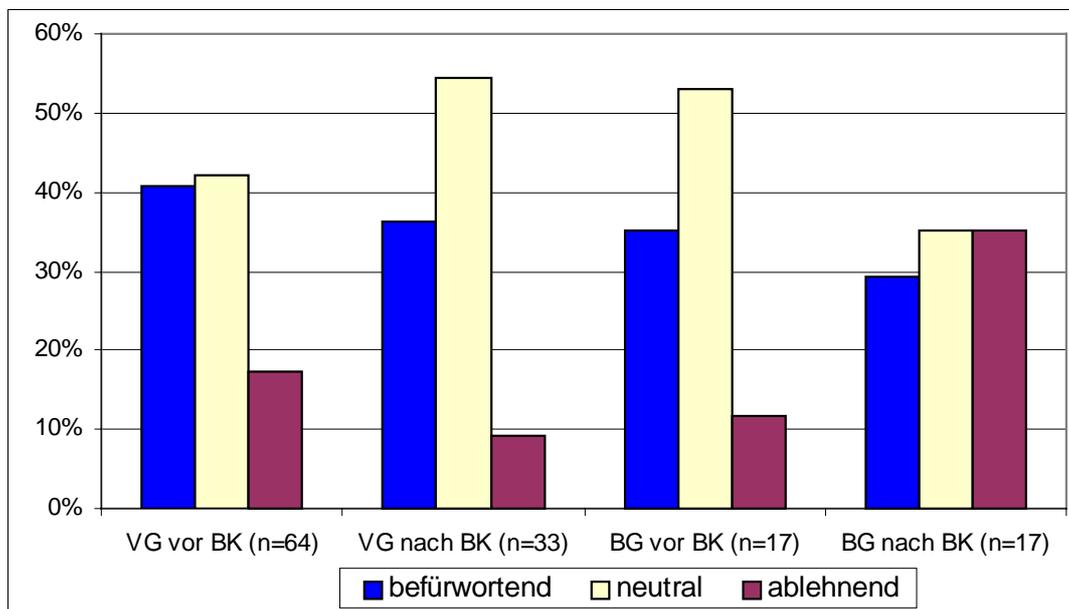
Abbildung 8: Bewertung der PID durch die Bürger der Bürgergruppe (BG) und der Vergleichsgruppe (VG) vor bzw. nach der Bürgerkonferenz (BK).



Im Vergleich mit der Beurteilung der Gendiagnostik insgesamt fällt auf, dass die Bewertung der gendiagnostischen Teilbereiche deutlich vorsichtiger ausfällt, was sich in der höheren Zahl der neutralen Urteile ausdrückt. Trotzdem überwiegen vor der Bürgerkonferenz befürwortende Haltungen die ablehnenden, bei der PND sogar deutlich. Der Ergebnisse der zweiten Befragung nach der Bürgerkonferenz zeigen wiederum deutlich eine Verschiebung der Urteile in Richtung Ablehnung. Nur noch 18 % stehen der PID befürwortend gegenüber, 23 % bleiben bei einem neutralen Urteil und 59 % der Bürger werten nun ablehnend. Bei der PND geben nun 29 %

der Bürger ein befürwortendes Urteil ab, 35 % ein neutrales und 35 % ein ablehnendes. Die Analyse zeigt, dass v.a. diejenigen, die vor der Bürgerkonferenz ein neutrales Urteil abgaben, nach der Bürgerkonferenz ablehnend werten. Das deutet darauf hin, dass die ursprünglich neutrale Wertung mit einem geringen Wissensstand zu den gendiagnostischen Teilbereichen und damit mit der Unsicherheit zusammenhängt, ob man überhaupt ein klares Urteil abgeben kann.

Abbildung 9: Bewertung der PND durch die Bürger der Bürgergruppe (BG) und der Vergleichsgruppe (VG) vor bzw. nach der Bürgerkonferenz (BK).



Wiederum wurden neben den Bürgern der Bürgergruppe auch die der Vergleichsgruppe nach ihrer Bewertung der Teilbereiche der Gendiagnostik gefragt. Das Beispiel PID zeigt, dass sich die Vergleichsgruppe in ihrer Wertungsstruktur kaum von der der Bürgergruppe vor der Bürgerkonferenz unterscheidet. 33 % der Befragten aus der Vergleichsgruppe befürworteten die PID, 42 % urteilten neutral und 25 % ablehnend. Interessant für die Abschätzung der Wirkungen der Bürgerkonferenz ist jedoch v.a. die Wertungsstruktur der Vergleichsgruppe in der Befragung nach der Bürgerkonferenz. Die ursprüngliche Struktur hat sich fast nicht verändert. 31 % geben eine befürwortende Wertung zur PID ab, 51 % eine neutrale und 17 % eine ablehnende.

Im Abschnitt zum Bürgervotum wurde auf das geschlechtsspezifisch geteilte Votum zur PID aufmerksam gemacht. Die zehn Frauen der Bürgergruppe sowie ein Mann hatten sich gegen eine Einführung der PID ausgesprochen und acht Männer für ihre Einführung. In der abschließenden Befragung hatten hingegen neun Frauen und ein Mann die PID abgelehnt, vier Männer gaben ein neutrales Urteil ab und drei Män-

ner befürworteten die PID (je ein Bürger und eine Bürgerin hatten diese Frage nicht beantwortet). Ein Blick auf die nachfolgende Tabelle zeigt die entsprechenden Prozentzahlen.

Tabelle 5: Bewertung der PID durch die Bürgergruppe im offiziellen Bürger-votum und in der Befragung

<b>Bewertung</b>	<b>in der Befragung (n=17)</b>	<b>im offiziellen Votum (n=19)</b>
befürwortend	18 %	42 %
neutral	23 %	0 %
ablehnend	59 %	58 %

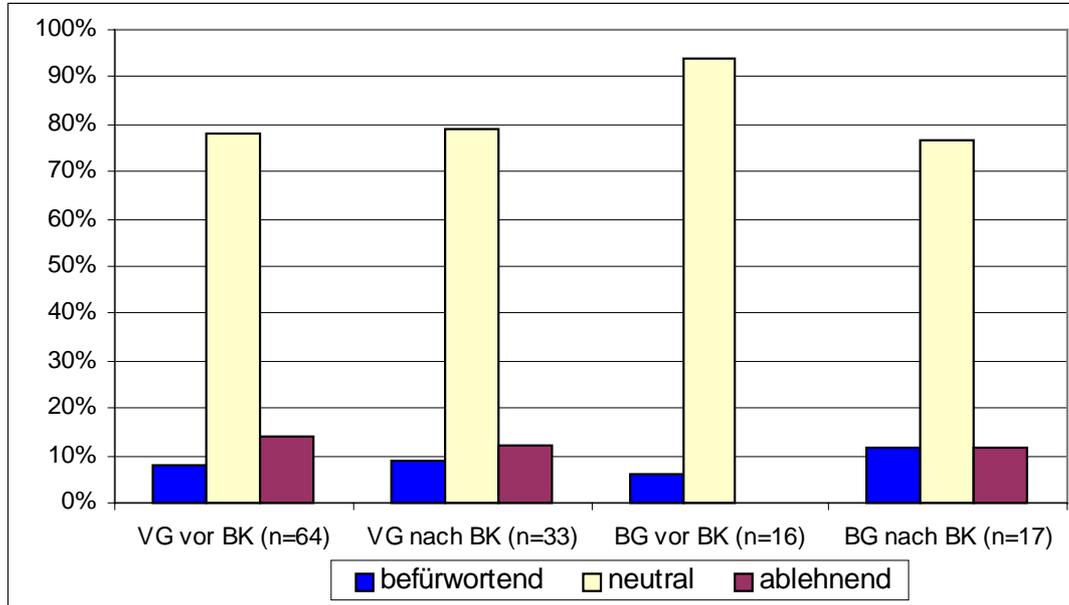
Diese Gegenüberstellung macht deutlich, dass vier der Bürger, die die PID in der offiziellen Stellungnahme befürwortet hatten, darin auch so kritische Aspekte sahen, dass sie in der persönlichen Befragung ein neutrales Urteil zur PID abgaben.

Interessant ist noch das Ergebnis, das sich aus der Bewertung der prädiktiven Diagnostik durch die 19 Bürger der Bürgergruppe ergibt. Das Bild vor der Bürgerkonferenz ist fast identisch mit dem nach der Bürgerkonferenz. Beide Male dominieren neutrale Urteile (94 % vorher und 77 % nachher). Befürwortende oder ablehnende Wertungen gibt es kaum oder gar nicht. Hinter diesem scheinbar unspektakulären Ergebnis steckt jedoch eine ganz brisante Entwicklung, die sich erst offenbart, wenn man diese Ergebnisse mit denen aus der Einschätzung des eigenen Wissensstandes vergleicht. Während vor der Bürgerkonferenz 82 % der Bürger wenig oder nichts zur prädiktiven Diagnostik wussten, schätzten nach der Konferenz 88 % ihren Wissensstand als hoch ein.

Dieses Beispiel macht deutlich, dass ähnliche Ergebnisse auf völlig verschiedenen Ursachen beruhen können. Der hohe Anteil neutraler Wertungen vor der Bürgerkonferenz begründet sich in erster Linie in Unkenntnis des Begriffs, verbunden mit Unsicherheit, ein klares Urteil abgeben zu können. Der ebenfalls hohe Anteil neutraler Wertungen nach der Bürgerkonferenz beruht hingegen auf einer differenzierteren Meinung.

Sowohl der Vorher-Nachher-Vergleich innerhalb der Bürgergruppe als auch der Vergleich mit der Vergleichsgruppe zeigt, dass es bei den 19 Bürgern, die an der Bürgerkonferenz teilgenommen haben, a) zu einer klareren Positionierung zu den Teilbereichen der Gendiagnostik gekommen ist und b) vor allem der PID, aber auch der PND deutlich stärker mit einer ablehnenden Haltung begegnet wird.

Abbildung 10: Bewertung der prädiktiven Diagnostik durch die Bürger der Bürgergruppe (BG) und der Vergleichsgruppe (VG) vor bzw. nach der Bürgerkonferenz (BK).



### 5.3 Gruppenerfahrung

Kann man eigentlich erwarten, dass eine zufällig zusammengestellte Bürgergruppe eine Stellungnahme zu einer so komplexen Materie wie der Gendiagnostik abgeben kann? Schließlich kamen die Bürgerinnen und Bürger aus den unterschiedlichsten Regionen Deutschlands, waren unterschiedlich alt und hatten die unterschiedlichsten Berufe erlernt. Nach anfänglichen Spannungen formte sich aber im Verlauf der Bürgerkonferenz eine sehr harmonische Gruppe heraus, in der nicht nur neue Freundschaften gebildet, sondern in der auch hervorragend zusammen gearbeitet wurde. Gerade die Intensität, mit der sich die 19 Personen mit einem Thema auseinandersetzen, war ein Grund für die schnelle Gruppenbildung.

Auf die Frage, welche Erfahrungen sie denn aus der Gruppenarbeit während der Bürgerkonferenz mitgenommen hätten, wurden von den Bürgerinnen und Bürgern drei Themenkomplexe angesprochen. Im ersten Komplex geht es darum, dass die Arbeit in der Bürgergruppe als spannend empfunden wurde, weil man mit so vielen verschiedenen Menschen und Charakteren zusammenarbeiten musste. Diese Vielfalt wurde von vielen als Bereicherung empfunden oder in den Worten einer Bürgerin:

*„Jeder Mensch hat seine besondere Fähigkeit, die er in eine Gruppe einbringen kann.“*

Das Zusammenarbeiten mit unterschiedlichen Charakteren verlangt aber auch Toleranz gegenüber dem Einzelnen, verlangt ein Aufeinanderzugehen. Zu diesem zweiten Themenkomplex gehören Dinge wie: sich gegenseitig aufmerksamer zuzuhören, seine eigene Meinung in die Gruppe einzubringen, sie zu verteidigen, aber nicht starr darauf zu beharren, sondern sich weiter an der Suche nach einem Konsens zu beteiligen bzw. Dissens in der Sache von den persönlichen Beziehungen zu trennen. Auch hier sei wieder ein Zitat einer Bürgerin angeführt:

*„Wie bringe ich mich mit meiner Meinung so ein, dass ich keinen damit überfahre, aber mich selbst auch nicht überfahren lasse; wie gehe ich auf andere ein.“*

Der dritte Komplex, zu dem die Gruppe Erfahrungen aus der Bürgerkonferenz schöpfen konnte, war, dass eine Gruppe auch Sicherheit bietet – Sicherheit, immer stärker die Eigenverantwortlichkeit der Gruppe wahrzunehmen und gemeinsam an den bewältigten Aufgaben zu wachsen.

## **5.4 Wirkungen im sozialen Umfeld**

Neben den individuellen Wirkungen wie Wissensaneignung und Meinungsbildung sowie den Gruppenerfahrungen versuchte die begleitende Evaluation auch Wirkungen der Bürgerkonferenz im direkten sozialen Umfeld der Bürgerinnen und Bürger transparent zu machen. Dem liegt die Annahme zu Grunde, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerkonferenz die Thematik sowie die Methode der Bürgerkonferenz möglicherweise in ihren Freundes- und Bekanntenkreis tragen und damit als Multiplikatoren fungieren.

Bereits die erste Einladung, die das Deutsche Hygiene-Museum zur Auswahl der Teilnehmer für die Bürgerkonferenz verschickt hatte, war intensiver Gesprächsstoff im sozialen Umfeld der an einer Teilnahme interessierten Bürger. Insgesamt 87 % der Bürgerinnen und Bürger hatten ihrer Familie, Freunden und Bekannten von dieser Einladung erzählt. Die Breite der Reaktionen der Gesprächspartner sei in der folgenden Bemerkung wiedergegeben:

*„Erstaunen! Misstrauen! Begeisterung!“*

Erstaunen wurde z.B. darüber geäußert, dass es so etwas wie die Bürgerkonferenz überhaupt gibt, Misstrauen darüber, ob mit solch einer Konferenz etwas verändert werden kann und Begeisterung über die Chance zur Mitgestaltung. Insgesamt rea-

gierten 76 % der Gesprächspartner positiv auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, 14 % unentschieden und 10 % ablehnend.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerkonferenz wurden nach dem 2. Vorbereitungswochenende ein zweites Mal zu den Gesprächen in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis befragt. Bei allen 19 Bürgerinnen und Bürgern wussten die Menschen in ihrem persönlichen Umfeld von ihrer Teilnahme. Im Durchschnitt unterhielten sie sich mit 28 Personen aus ihrem Umfeld über die Bürgerkonferenz, mit durchschnittlich 9 Personen führten sie intensive Gespräche. Das Interesse der Gesprächspartner richtete sich überwiegend auf das Verfahren der Bürgerkonferenz sowie auf die Thematik Gendiagnostik. Die Meinung der Bürgerinnen und Bürger zur Gendiagnostik fand weniger Interesse. Weitere Punkte in den Gesprächen waren das Auswahlverfahren, die Evaluation, von wem die Veranstaltung organisiert wurde sowie wer noch an der Bürgerkonferenz teilnimmt. Die Bemerkung einer Bürgerin bringt dies auf den Punkt:

*„Irgendwie ist es doch so, dass man eher über die Mitglieder redet und über die Atmosphäre als über das Fachliche.“*

Ein Bürger beklagt aber auch den Einfluss, den die sensationsheische Berichterstattung der Medien teilweise auf seine Gesprächspartner hatte:

*„Bedauerlich ist, dass Sensationsreportage die breite Bevölkerung nachhaltiger beeinflusst, als eine eher seriöse Form der Auseinandersetzung mit entsprechenden Themen. Vor einiger Zeit berichteten die Medien in Sendungen wie 'blitz' oder 'explosiv' etc. über Gentests. In Gesprächen im Bekanntenkreis bezüglich dieses Themas haben sehr viele hierzu in Anlehnung an diese Berichterstattung Stellung bezogen. Leider war ihnen aber eine Bürgerkonferenz zu diesem Thema unbekannt.“*

Der Erlebnisse, die die Bürgerinnen und Bürger aus ihren Heimatorten mitbrachten, zeigen, dass zumindest ein Teil von ihnen in den Augen ihrer Freunde und Bekannten bereits zu Experten in Fragen Gendiagnostik aufgestiegen war. So wurde beispielsweise ein Bürger beim Arztbesuch von seiner Hausärztin zurückgehalten, weil der Klinikdirektor ihn kennen lernen und seine Meinung zur Gendiagnostik erfahren wollte. Eine Bürgerin wurde von einer Freundin gefragt, ob denn die Therapie, die der Arzt ihr verschrieben hatte, tatsächlich die richtige sei. Und wieder eine andere Bürgerin wurde gebeten, für die Schülerzeitung einen Artikel über Gendiagnostik und die Bürgerkonferenz zu schreiben.

## 5.5 Medien und Medienwirkung

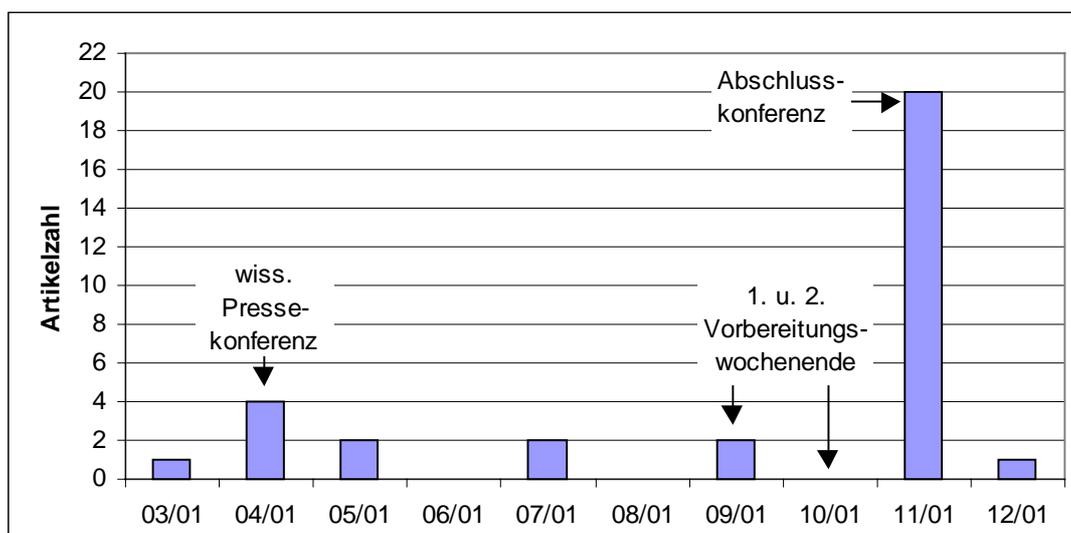
52 % der Bürger, die sich auf die erste Einladung zur Teilnahme an der Bürgerkonferenz durch das Deutsche Hygiene-Museum zurückgemeldet hatten, wünschten sich unter anderem, dass die Bürgerkonferenz ein großes Medienecho hervorrufen möge.

Tatsächlich waren während des 2. Vorbereitungswochenendes und vor allem während der Abschlusskonferenz eine Vielzahl von Medienvertretern anwesend. Neben einer Reihe regionaler Zeitungen waren Journalisten der taz und der Süddeutschen Zeitung sowie Vertreter vom MDR, WDR, BR, NDR, dem Deutschlandfunk und dem Dresdener Stadtfernsehen anwesend. Es gab wahrscheinlich kaum einen Bürger, der nicht zumindest ein Interview geben musste. Und auch der Moderator, das Organisationsteam und mehrere der zur Anhörung geladenen Expertinnen und Experten gaben den Medienvertretern Auskunft.

Insgesamt wurden dann ein Beitrag im MDR-Fernsehen, drei Hörfunkbeiträge im Deutschlandfunk und einer im WDR gesendet sowie insgesamt 32 Artikel in der Tagespresse veröffentlicht. Die Zahl der Artikel und Aufsätze über die Bürgerkonferenz in Fachzeitschriften lässt sich derzeit noch nicht absehen.

Die Analyse der Zeitungsartikel zeigt, dass 20 der 32 Artikel im November 2001 veröffentlicht wurden, also kurz vor, während und nach der Abschlusskonferenz. Vier Artikel erschienen im April 2001 nach der wissenschaftlichen Pressekonferenz in Berlin und die zwei Artikel im September bezogen sich auf das 1. Vorbereitungswochenende und damit den eigentlichen Beginn der Bürgerbeteiligung.

Abbildung 11: Verteilung der Zeitungsartikel zur Bürgerkonferenz über das Jahr 2001



Die Artikel erschienen in 20 verschiedenen Zeitungen (Tabelle 6). Es ist auffällig, dass 14 Artikel (also fast die Hälfte aller Artikel) in Zeitungen der Region Dresden erschienen. Daher ist anzunehmen, dass die Bekanntheit der Bürgerkonferenz und ihrer Inhalte in erster Linie in der Region rund um den Veranstaltungsort gegeben sein dürfte. Immerhin wird auch die Bevölkerung aus einigen Herkunftsregionen der Bürger auf die Bürgerkonferenz aufmerksam geworden sein. In Ratingen erschienen drei, in Stuttgart und Berlin je zwei und in Saarbrücken und Kiel je ein Artikel. In Ratingen, Stuttgart und Kiel reagierten die Medien auf die Weitergabe der Pressemappe des Deutschen Hygiene-Museums durch die Bürger. In der überregionalen Presse wurden insgesamt sechs Artikel veröffentlicht, wobei die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die Frankfurter Rundschau und die Welt ganz zum Thema Bürgerkonferenz schwiegen.

Tabelle 6: Zahl der Artikel zur Bürgerkonferenz und Name der Zeitung, in der sie erschienen.

<b>Name</b>	<b>Artikelzahl</b>
Dresdner Neueste Nachrichten	5
Sächsische Zeitung	4
Berliner Zeitung	2
Bild Dresden	2
Neues Deutschland	2
Rheinische Post	2
Zeit	2
adrem (Dresden)	1
Dresdener Amtsblatt	1
Kieler Nachrichten	1
Lausitzer Rundschau	1
Leipziger Volkszeitung	1
Ostthüringer Zeitung	1
Rheinische Post	1
Saarbrücker Zeitung	1
Sonntag	1
Stuttgarter Nachrichten	1
Stuttgarter Zeitung	1
taz	1
Westdeutsche Allgemeine Zeitung	1

23 der erschienenen Artikel waren Berichte über die Bürgerkonferenz, bei zwei Artikeln handelte es sich um einen Kommentar und bei sieben Artikeln um Kurznotizen. In 26 Artikeln war die Bürgerkonferenz das zentrale Thema. Zwei Artikel hatten die Bürgerkonferenz zwar zum Thema, im Mittelpunkt stand aber die Porträlierung einzelner Teilnehmer. In vier Artikeln war die Bürgerkonferenz nur thematisiert.

tisch an ein anderes Thema (z.B. Ethikrat, Gendiagnostik) angegliedert. Die Art der Berichterstattung war überwiegend neutral (23 Artikel). Acht Artikel berichteten mit positiver und ein Artikel mit negativer Grundtendenz über die Bürgerkonferenz.

Trotz dieser Beiträge in Presse, Rundfunk und Fernsehen waren nach der Bürgerkonferenz 56 % der Bürger der Meinung, dass die Bürgerkonferenz keine ausreichende Resonanz in den Medien gefunden hätte. Auch der Frage, ob die erhoffte Beachtung in den Medien erreicht wurde, stimmten nur 32 % der Bürger und nur 20 % der Experten zu. War das Medienecho wirklich gering und wenn ja, woran lag die geringe Resonanz? Vielleicht findet sich der Grund für dieses negative Urteil ja einfach in der Enttäuschung der Teilnehmer, die sich während der drei Wochenenden persönlich sehr stark engagiert hatten. Das steigert natürlich die Erwartungen, dass dem Votum, der Bürgerkonferenz und der behandelten Thematik vom großen Rest der Bevölkerung und speziell von den Medien eine ähnlich große Aufmerksamkeit zu Teil wird.

Versuchen wir uns der Frage, ob die Resonanz wirklich gering war, über zwei Vergleiche anzunähern, die zumindest tendenzielle Aussagen zulassen. Einerseits lässt sich die erste deutsche Bürgerkonferenz mit der ersten schweizerischen Bürgerkonferenz, dort Publiforum genannt, vergleichen. Bei diesem Vergleich ist zu beachten, dass das schweizerische Publiforum eine ganz andere Thematik behandelte („Strom und Gesellschaft“) und die drei Wochenenden an drei unterschiedlichen Orten (zugleich in drei unterschiedlichen Sprachregionen) der Schweiz stattfanden. Trotzdem erschienen auch in der Schweiz nur unwesentlich mehr Zeitungsartikel, nämlich 34, verglichen mit den 32 Artikeln, die zur deutschen Bürgerkonferenz veröffentlicht wurden. Eine Artikelzahl um die 30 scheint somit im Rahmen des Normalen zu liegen.

Weiterhin bietet es sich an, die Medienresonanz auf das Bürgervotum mit der Medienresonanz auf zwei weitere Voten zu vergleichen, die sich ebenfalls mit biomedizinischen Fragestellungen befassten. Ca. zwei Wochen vorher, am 12. November 2001, hatte die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Recht und Ethik der modernen Medizin“ ihr Votum zum Import von embryonalen Stammzellen präsentiert und kurz nach dem Bürgervotum, am 29. November 2001, gab der Nationale Ethikrat sein Votum zu demselben Thema ab. Das Votum der Bürger fiel also grundsätzlich in ein Fenster großer Medienaufmerksamkeit für biomedizinische Fragen. Trotzdem erschienen in den fünf großen überregionalen Tageszeitungen (FAZ, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, taz und Welt) sowie in Die Zeit in den 14 Tagen nach der Präsentation des Bürgervotums ganze drei Artikel darüber. In demselben Zeitraum wurden die Voten der Enquete-Kommission und des Nationalen Ethikrats in den genannten Zeitungen 25-mal bzw. 21-mal in Artikeln berücksichtigt. Verglichen mit den beiden anderen Voten war das Medienecho zu Bürgervotum also tatsächlich äußerst gering.

Worin sind die Gründe zu suchen? Sind die Zeitungen bereits mit biomedizinischen Artikeln übersättigt oder ist Bürgerbeteiligung kein Thema, das Schlagzeilen machen kann? Die Erfahrungen aus der journalistischen Praxis weisen eher in eine andere Richtung. Einerseits war es ungewöhnlich, dass die Organisatoren auf öffentliche Pressekonferenz nach der Präsentation des Bürgervotums verzichteten. Zum anderen reicht es bei der Menge an Meldungen, die täglich auf dem Tisch eines Journalisten landen, nicht aus, eine Pressemitteilung an dpa zu schicken und zu hoffen, dass der Artikel dann auch gedruckt wird. Während der Bürgerkonferenz entstand zudem der Eindruck, dass die Bürgerkonferenz hausintern nicht oberste Priorität hinsichtlich Pressearbeit besaß.

Andererseits sprechen die Erfahrungen, die die Bürger mit ihren regionalen Presseorganen sammelten, aber auch nur von mäßigem Interesse der Medien. Nach dem zweiten Vorbereitungswochenende hatten alle 19 Bürger von den Organisatoren eine Pressemappe zur Bürgerkonferenz mit in ihre Heimatorte bekommen. 13 Bürger gaben diese Mappe an ihre regionale Zeitung weiter, doch nur in Stuttgart, Ratingen und Kiel kam daraufhin ein Journalist mit der Bitte um ein Interview auf die Bürger zu.

So lässt sich an dieser Stelle festhalten, dass das Medienecho auf die Bürgerkonferenz zwar relativ gering, aber dem Neuheitsgrad dieses Instruments der Bürgerbeteiligung durchaus angemessen ausfiel.

## **5.6 Wirkungen in Politik und Gesellschaft**

Zu diesem Wirkungsbereich lassen sich derzeit noch die wenigsten Aussagen treffen. Das Bürgervotum wurde an alle relevanten Institutionen, Gremien und Personen aus den Bereichen Gesellschaft, Politik und Wissenschaft in Deutschland verschickt. Die Erfahrungen aus anderen Konsensuskonferenzen lassen aber nur indirekte und entsprechend schwierig nachweisbare Wirkungen erwarten (Mørkrød 2001). Bütschi (2000) führt in diesem Zusammenhang an, dass die Empfehlungen einer Bürgergruppe nicht auf neutralen Boden fallen, sondern die Adressaten sie in ihre Interessen und Wertvorstellungen einfließen lassen. Zumindest versprachen die Teilnehmer der Podiumsdiskussion nach der Präsentation des Bürgervotums, dieses allen Mitgliedern des Deutschen Bundestags sowie dem Nationalen Ethikrat und der Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“ zugänglich zu machen.

Die Erwartungen der Bürgergruppe hinsichtlich Wirkungen ihres Votums in der Politik sind allerdings gedämpft. Nur 3 der 19 Bürgerinnen und Bürger glauben, dass ihr Votum Eingang in Gesetzesinitiativen finden wird. Immerhin sieben Bürger sind optimistisch, dass ihr Votum zumindest der Politikberatung dienen wird.

Ebenso skeptisch sind die Expertinnen und Experten, die an der Bürgerkonferenz teilgenommen hatten. Nur 2 der 10 Sachverständigen, die sich an der Befragung beteiligt hatten, stimmen der Aussage zu, dass das Bürgervotum Eingang in Gesetzesinitiativen finden wird, und nur 4 von 10 glauben, dass das Votum der Politikberatung dienen wird. Diese ernüchternden Erwartungen spiegeln sich auch in der Äußerung eines Experten wider:

*„Die Politiker begrüßten zunächst das Bürgervotum. Ich bezweifle aber, dass sie es in ihre Arbeit einfließen lassen. Zumal einige Politiker schon feste (Partei-)Meinung vertreten.“*

Auch in der Frage, ob die Bürgerkonferenz eine öffentliche Debatte zum Thema Gendiagnostik bzw. zu Bürgerbeteiligungsverfahren angeregt hat, äußern sich die Bürger vorsichtig. Der ersten Aussage stimmten 7 der 19 Bürgerinnen und Bürger zu und der zweiten Aussage 10. Die Expertinnen und Experten sind in diesen beiden Punkten noch skeptischer. Nur 4 von 10 glauben, dass die Bürgerkonferenz die Debatte zur Thematik der genetischen Diagnostik beeinflussen könnte, und nur 3 von 10 Experten glauben, dass durch das Verfahren die öffentliche Debatte zur Bürgerbeteiligung befördert wird.

Um tragfähige Aussagen zu den Wirkungen der Bürgerkonferenz und des Bürgervotums in Politik und Gesellschaft treffen zu können, ist der Zeitraum, der seither vergangen ist, noch zu kurz. In Norwegen wurde z.B. vier Jahre nach der ersten Konsensuskonferenz deren Einfluss auf die Entscheidungsfindung zu dem Thema, das auf der Konferenz behandelt worden war, evaluiert (Mørkrid 2001). Im untersuchten Zeitraum ließen sich zwar keine direkten Auswirkungen der Ergebnisse der Konsensuskonferenz auf die Politik ausmachen, doch wird gleichzeitig angeführt, dass die positiven Effekte auf die öffentliche Meinung nicht unterschätzt werden sollten, die die Tatsache mit sich brachte, dass Bürger erstmals an der politischen Entscheidungsfindung beteiligt wurden. Diese Hinweise lassen es lohnenswert erscheinen, mögliche Wirkungen der Bürgerkonferenz „Streitfall Gendiagnostik“ im Bereich Politik und Gesellschaft in ca. 1-2 Jahren zu evaluieren.



## 6. Zielerreichung

Nachdem in den vorangegangenen Kapiteln der Prozess und die Wirkungen der Bürgerkonferenz detailliert untersucht worden sind, sollen die gewonnenen Ergebnisse nun genutzt werden, um die Frage zu beantworten, ob und inwieweit die Ziele erreicht wurden, die sich die Organisatoren gestellt hatten.

*a) Am Deutschen Hygiene-Museum soll die Methode der Bürgerkonferenz erstmals in Deutschland erprobt werden.*

Die Finanzierung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft sowie das Engagement des Organisationsteams und seiner vielen Helfer hat es möglich gemacht, dass die Bürgerkonferenz „Streitfall Gendiagnostik“ organisatorisch reibungslos ablief und die internationalen Erfahrungen mit dieser Methode genutzt wurden, um sie in Deutschland auf hohem Niveau umzusetzen.

*b) Abbau von Informationsdefiziten in der Bevölkerung*

Sowohl aus den Gesprächen als auch aus den Ergebnissen der Befragung geht hervor, dass es bei den 19 Bürgerinnen und Bürgern zu einem enormen Zuwachs an Wissen zu Fragen der Gendiagnostik gekommen ist. Die Bürger sammelten nicht nur während der Wochenenden in Dresden Informationen, sondern bildeten sich auch zwischen den Wochenenden intensiv weiter. Speziell der Vergleich des Wissensstandes vor und nach der Bürgerkonferenz zeigt deutlich die positiven Effekte der Bürgerkonferenz. Schätzten vor der Bürgerkonferenz nur 3 Teilnehmer ihren Wissensstand zur Gendiagnostik mit hoch ein, waren es danach 12. Wie erfolgreich Informationsdefizite abgebaut wurden, zeigt auch der Vergleich mit der Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern, die gern an der Bürgerkonferenz teilgenommen hätten, aber nicht ausgelost worden waren. In dieser Gruppe ergab der Vorher-Nachher-Vergleich keine Veränderungen im Wissensstand. Angesichts der geringen Medienresonanz, die das Verfahren und seine Ergebnisse fanden, kann allerdings nicht von einem Abbau von Informationsdefiziten in der gesamten Bevölkerung gesprochen werden, sondern allenfalls bei einem kleinen Ausschnitt von ihr.

*c) Förderung der Auseinandersetzung mit einem gesellschaftlich umstrittenen Thema.*

Die Bürgerkonferenz war ein Beweis dafür, dass auch nicht speziell vorgebildete Bürger in der Lage sind, sich in komplexe Probleme und Fragestellungen einzuarbeiten und sich adäquat damit auseinander zu setzen. Die verschiedenen Berufsgruppen und Meinungen, denen die Bürger gerade während der Expertenanhörung begegneten, führten ihnen vor Augen, von wie vielen Seiten man die Gendiagnostik

betrachten kann bzw. muss. Allerdings sollte den Bürgern in zukünftigen Verfahren zwischen der Expertenanhörung und dem Schreiben des Bürgervotums Zeit eingeräumt werden, in der sie die vielen Informationen und die verschiedenen Meinungen, die sie gehört haben, intensiv diskutieren und auch ihren eigenen Standpunkt in der Gruppe darlegen bzw. verteidigen können.

*d) Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit*

Insgesamt lässt sich festhalten, dass während der Expertenanhörung eine Atmosphäre gegenseitiger Achtung zwischen Bürgern und Experten herrschte. Die Bürger bekamen Antworten, die ihnen beim Verfassen der Bürgervotums halfen. Kritik gab es in der Frage, ob es denn zu einem echten Dialog zwischen Bürgern und Experten gekommen sei. An dieser Stelle muss deshalb die Frage gestellt werden, an welchen Maßstäben ein echter Dialog gemessen werden soll. Will man unter einem echten Dialog den wechselseitigen Austausch von Wissen, Meinungen und Argumenten verstehen, bei dem die Beteiligten als Partner gleichberechtigt aufeinander zu gehen, um den anderen zu verstehen, dann war die Bürgerkonferenz in diesem Punkt nur bedingt erfolgreich. Unter Dialog kann man aber auch bereits die Begegnung zweier Welten verstehen, die sonst fast nie zusammen kommen – die Alltagsrationalität von Bürgern und das Fachwissen der Experten. Allein die Tatsache, dass mit der Bürgerkonferenz erstmals auf nationaler Ebene ein Forum der Begegnung geschaffen wurde, stellt zumindest einen ersten wichtigen Baustein auf dem Weg zu einem echten Dialog dar. Nicht vergessen darf man, dass auch Dialog gelernt sein muss – und zwar von beiden Seiten.

Sicherlich lassen sich verschiedene Punkte am Ablauf der Kommunikation zwischen den Bürgern und Experten kritisieren. Aber Modellprojekte sind dazu da, aus solcher Kritik zu lernen und sie kreativ umzusetzen. So wurde z.B. von mehreren Teilnehmern vorgeschlagen, die öffentliche Expertenanhörung von zwei auf einen Tag zu begrenzen. Der zweite Tag böte dann Raum für nichtöffentliche Rundtischdiskussionen zwischen Experten und Bürgern. Diese Veränderung würde bewährte Elemente von Bürgerkonferenzen mit neuen, aus der Praxis gewonnenen Erfahrungen kombinieren. Die öffentliche Anhörung, die ja von großer Bedeutung für die Wahrnehmung der Konferenz in der Öffentlichkeit ist, würde am 1. Tag beibehalten und die Begegnung zwischen Bürgern und Experten könnte am 2. Tag intensiviert werden.

Durch die Verkürzung der öffentlichen Anhörung auf einen Tag können natürlich nicht so viele Sachverständige an der Bürgerkonferenz teilnehmen, wie bisher. Dies würde zum einen den positiven Effekt haben, dass die Kosten des Verfahrens sinken. Gleichzeitig wachsen aber die Anforderungen an eine sorgfältige Auswahl der Expertinnen und Experten. Allerdings ist zu erwarten, dass die geringere Zahl der Experten durch die größere Intensität der Begegnung von Bürgern und Experten aufgewogen wird. Weiterhin muss darüber nachgedacht werden, ob nicht bereits

während der öffentlichen Expertenanhörung eine andere Sitzordnung gewählt werden könnte, die das Konfrontative aus dieser ersten Begegnung zwischen Bürgern und Experten nimmt.

*e) Initiierung eines öffentlichen Meinungsbildungsprozesses*

Öffentliche Meinungsbildung soll hier als Prozess verstanden werden, der sich auf mehreren Ebenen abspielt:

- in den Köpfen der Teilnehmer,
- in ihrem sozialen Umfeld und
- in den Medien.

Die Ergebnisse dieser Studie zeigen, dass es bei den Bürgerinnen und Bürgern zu differenzierten Meinungsbildungsprozessen gekommen ist. Bürger, die bereits mit einer Meinung zu Teilbereichen der Gendiagnostik zur Bürgerkonferenz gekommen waren, nutzten die Vielzahl der neuen Informationen, um ihre Argumentation zu untermauern und ihre Meinung zu festigen. Bürger, die sich vor dem Verfahren noch keine klare Meinung zur Gendiagnostik gebildet hatten bzw. die sich überhaupt das erste Mal mit diesem Thema befassten, durchliefen während des Verfahrens einen Abwägungsprozess, in dem sie die Thematik in ihren verschiedenen Facetten beleuchteten. Bis auf eine Person konnten letztlich alle Bürgerinnen und Bürger sich zumindest zu Teilbereichen der Gendiagnostik eine Meinung bilden.

Die vielen Gespräche, die die Bürgerinnen und Bürger zwischen den Wochenenden in ihrem Familien- und Bekanntenkreis führten, sind ein Hinweis dafür, dass Prozesse der öffentlichen Meinungsbildung auch über den Rahmen der Bürgerkonferenz selbst hinausgetragen wurden und werden. In den Gesprächen ging es überwiegend um die Thematik Gendiagnostik und um das Verfahren Bürgerkonferenz. Den zum Teil übersteigerten Hoffnungen und Ängsten ihrer Gesprächspartner konnten die Bürgerinnen und Bürger mit sachlichen Informationen begegnen. Aus Gesprächen ging hervor, dass einige in ihrem sozialen Umfeld sogar als Experten für Gendiagnostik gehandelt wurden und ihre Meinung entsprechend großes Gewicht hatte.

Auch die Medien dürften, wenn auch noch etwas zaghaft, zur öffentlichen Meinungsbildung beigetragen haben. Zumindest im Raum Dresden und in geringeren Umfang auch in einigen der Heimatkreise der Bürgerinnen und Bürger hatten Zeitungsleser die Chance, sich über die Bürgerkonferenz und die dort behandelte Thematik zu informieren. An den Lesern überregionaler Tageszeitungen und Fernsehzuschauern dürfte dieses Ereignis aber weitgehend spurlos vorüber gegangen sein. Hervorhebenswert ist noch die rege Aktivität der Rundfunkeinrichtungen und speziell des Deutschlandfunks, der mehrere Male sehr gut über die Bürgerkonferenz berichtete.

*f) Ergänzung der von Experten besetzten Diskussionskultur durch einen qualifizierten Beitrag einer Gruppe von Bürgern*

Während des Abschlusswochenendes verfassten die Bürgerinnen und Bürger ein differenziertes und klar strukturiertes Votum, dessen teilweise erfrischende Formulierungen es sehr lesenswert machen. Die Bürger bezogen in diesem Papier zur ganzen Breite der genetischen Diagnostik und zusätzlich noch zur Forschung an menschlichen Stammzellen Stellung. Die gute Qualität des Inhalts wurde vom überwiegenden Teil der Sachverständigen und Politiker bestätigt. Das Bürgervotum brachte zwar keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse, betrachtete aber das bekannte Wissen aus einer etwas anderen Sichtweise, eben aus Bürgersicht. So wurden die von der Gendiagnostik vorrangig betroffenen Bevölkerungsgruppen in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt, nämlich schwangere Frauen bzw. Frauen mit Kinderwunsch und Menschen mit genetisch bzw. nicht genetisch bedingten Behinderungen. Zudem wurden im Bürgervotum die Bedeutung von Aufklärung und Beratung für informierte Entscheidungen im Umgang mit der Gendiagnostik betont.

## 7. Zukunft von Bürgerkonferenzen

Die abschließende Befragung zeigt, dass auch künftige Veranstaltungen das Interesse der Teilnehmer finden würden. So würden 77 % der Bürgerinnen und Bürger und 90 % der beteiligten Experten wieder an einer Bürgerkonferenz teilnehmen. In ihren Augen ist eine Bürgerkonferenz eine viel versprechende Möglichkeit, Bürger am gesellschaftlichen Entscheidungsprozess teilnehmen zu lassen. Zudem sind beide Gruppen der Meinung, dass Bürgerkonferenzen die von Experten besetzte Diskussionskultur durch qualifizierte Beiträge von Bürgern ergänzen. Deutlich niedriger sind die Zustimmungsraten zu diesen beiden Aussagen bei den Bürgern aus der Vergleichsgruppe und den Experten, an die das Votum verschickt worden war, also Personen, die nicht direkt in das Verfahren involviert waren (siehe Tabellen 7 und 8).

Tabelle 7: Zustimmungsraten verschiedener Personengruppen zur Aussage: „Eine Bürgerkonferenz ist eine viel versprechende Möglichkeit, Bürger am gesellschaftlichen Entscheidungsprozess teilnehmen zu lassen.“

<b>Gruppe</b>	<b>Zustimmungsrate</b>
Bürgerinnen und Bürger der Bürgergruppe	89 %
Experten, die als Sachverständige teilgenommen haben	90 %
Bürgerinnen und Bürger der Vergleichsgruppe	81 %
Experten, an die das Votum verschickt worden ist	69 %

Tabelle 8: Zustimmungsraten verschiedener Personengruppen zur Aussage: „Bürgerkonferenzen ergänzen die von Experten besetzte Diskussionskultur durch qualifizierte Beiträge von Bürgern.“

<b>Gruppe</b>	<b>Zustimmungsrate</b>
Bürgerinnen und Bürger der Bürgergruppe	100 %
Experten, die als Sachverständige teilgenommen haben	90 %
Bürgerinnen und Bürger der Vergleichsgruppe	84 %
Experten, an die das Votum verschickt worden ist	65 %

## 7.1 Geeignete Themen

Aus den Erfahrungen mit den bisherigen Konsensuskonferenzen lassen sich Kriterien dafür ableiten, welche Themen sich generell für Konsensuskonferenzen eignen (Mørkrid 2001):

- Das Thema muss auf der politischen Agenda stehen und von allgemeinem Interesse sein.
- Es sollte sich um ein kontrovers diskutiertes Thema handeln, zu dem es unterschiedliche Meinungen unter Wissenschaftlern oder Politikern gibt.
- Zum Thema muss es genügend wissenschaftliche Informationen geben, die zur Vorbereitung der Bürger benötigt werden.
- Es sollte ein zeitlicher Bezug zu politischen Entscheidungen vorhanden sein sowie der politische Wille, die Empfehlungen eines Bürgervotums auch zu berücksichtigen.

Von den befragten Bürgern und Experten wurden die in der folgenden Tabelle angeführten Themen für weitere Bürgerkonferenzen vorgeschlagen.

Tabelle 9: Themen für weitere Bürgerkonferenzen sortiert nach der Häufigkeit ihrer Nennungen (*selten* = ein- bis zweimal genannt, *häufig* = zwischen drei- und fünfmal genannt, *sehr häufig* = mehr als fünfmal genannt)

sehr häufig	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Reform des Gesundheitswesens</li> <li>• Innere Sicherheit und Terrorismus</li> <li>• Schulsystem in Deutschland</li> <li>• Energieversorgung</li> </ul>
häufig	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zukunft der Rentenvorsorge</li> <li>• Zuwanderung und Integration von Ausländern</li> <li>• Sterbehilfe und Sterbebegleitung</li> <li>• Jugendschutz, Drogen und Alkohol</li> </ul>
selten	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Arbeitsmarktpolitik</li> <li>• Bürgerbeteiligung und Bürgerrechte</li> <li>• Mobilität und Verkehr</li> <li>• Gendiagnostik</li> <li>• Gentherapie</li> <li>• Forschung an menschlichen Embryonen</li> <li>• Marktbeherrschung durch Monopole</li> <li>• Soziale Gerechtigkeit</li> <li>• Mobilfunk</li> <li>• genmanipulierte Lebensmittel</li> </ul>

Bei den vorgeschlagenen Themen handelt es sich durchweg um Themen gesamtgesellschaftlicher Relevanz. Im Vergleich zu der Vielfalt der vorgeschlagenen Themen sind Vorschläge aus dem Bereich Biomedizin eher randständig. Es fällt auch auf, dass mit dem Schulsystem in Deutschland und der inneren Sicherheit zwei Themen unter den sehr häufig genannten rangieren, die zum Zeitpunkt der Umfrage, im Dezember 2001, auch intensiv in der deutschen Öffentlichkeit diskutiert wurden. Doch Bürgerkonferenzen sind nicht nur für nationale Themen von Interesse. Auf regionaler und lokaler Ebene ließe sich das Verfahren überall dort Gewinn bringend einsetzen, wo es nicht darum geht, konkret anstehende Probleme zu lösen, sondern Fragen der Meinungsbildung oder die Aufarbeitung von Themen im Vordergrund stehen.

## **7.2 Hindernisse und Möglichkeiten ihrer Überwindung**

Doch wird es nach diesem Modellprojekt „Streitfall Gendiagnostik“ weitere Bürgerkonferenzen in Deutschland geben? Das größte Hindernis, das einer Diffusion von Bürgerkonferenzen in die breite gesellschaftliche Praxis im Wege steht, ist die Finanzierung dieser Verfahren. Im Abschnitt „Kosten“ wurde dargelegt, dass die erstmalige Durchführung von Bürgerkonferenzen, Konsensuskonferenzen oder Publiforen einen Betrag zwischen 140.000 € und 240.000 € verlangt. Selbst nach mehrjähriger Praxis wie in Dänemark kann der Finanzierungsbedarf nur auf minimal 50.000 – 70.000 € gesenkt werden. Bürgerkonferenzen werden also trotz routinierten Einsatzes teuer bleiben. Es soll an dieser Stelle aber auch festgehalten werden, dass „teuer“ ein Begriff ist, der gesellschaftlich definiert ist. Wenn in der deutschen Gesellschaft eine stärkere Beteiligung von Bürgern an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen als ein kostbares Gut angesehen wird, sind die oben genannten Summen nicht mehr teuer, sondern angemessen.

Eng verbunden mit der Kostenfrage ist das Problem, die Bürgerkonferenz zum richtigen Zeitpunkt durchzuführen. Wie im Abschnitt „Zukunft von Bürgerkonferenzen“ erläutert, sollte das kontrovers diskutierte Thema von allgemeinem Interesse sein und in zeitlichem Bezug zu politischen Entscheidungen stehen, um adäquat wahrgenommen zu werden. Diese Kriterien lassen sich jedoch nur mit einem Prozedere umsetzen, das schnelles Reagieren möglich macht. Für zukünftige Bürgerkonferenzen sollte deshalb geprüft werden, ob ihre zeitnahe Anbindung an und inhaltliche Integration in politische Entscheidungsprozesse durch eine Federführung durch parlamentsnähere Institutionen unterstützt werden kann.

Ein derartiges Modell wird beispielsweise in Dänemark oder in der Schweiz bereits praktiziert. So wurden in der Schweiz in den letzten Jahren vom Zentrum für Technikfolgen-Abschätzung beim Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierat TA-Studien zu Technologiefeldern und -anwendungen in Auftrag gegeben, die in

der Öffentlichkeit umstritten sind. Zugleich setzt sich das Zentrum mit Verfahren auseinander, welche es ermöglichen sollen, die breite Bevölkerung an technologiepolitischen Entscheidungen zu beteiligen (Bütschi 2000). Diesem Anliegen entsprechend wurden und werden in den letzten Jahren wissenschaftliche Studien zu den Themen Functional Food (2000), Zelluläre Xenotransplantation (2001) und Menschliche Stammzellen (2002) von Publiforen zu den Themen Gentechnik und Ernährung (1999) und Transplantationsmedizin (2000) bzw. von Fokusgruppen über die Forschung an Stammzellen (2002) begleitet.

## 8. Literatur

- Bütschi, D. (2000): TA mit Bürgerbeteiligung: Die Erfahrungen der Schweiz. In: TA-Datenbank-Nachrichten 9, Nr. 3, S. 28-33
- Enderlin Cavigelli, R.; Schild, P. (1998): Publiforum „Strom und Gesellschaft“. Evaluationsbericht der Stiftung Risiko-Dialog. Schweizerischer Wissenschaftsrat, Document de travail TA-DT 21, 118 S.
- Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.) (2001): Deutschland in Zahlen. Köln: Dt. Instituts-Verl., 142 S.
- Joss, S. (2000): Die Konsensuskonferenz in Theorie und Anwendung. Stuttgart: Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg, 69 S.
- Mayer, I.; de Vries, J.; Geurts, J. (1995): An evaluation of the effects of participation in a consensus conference. In: Public participation in science: The role of consensus conferences in Europe. London: Science Museum, S. 109-124
- Mørkrid, A. J. (2001): Consensus Conferences on genetically modified food in Norway. In: Citizens as partners. Information, consultation and public participation in policy-making. OECD, S. 223-237